Streit
schrift 1

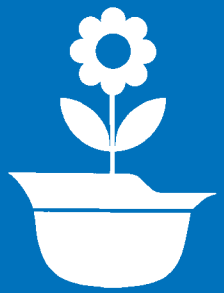
Verschleiern?
Verwerten?
Und Widerstehen!

Friedenswissenschaft
oder Kriegsforschung
an den Hochschulen?

Mit einem Vorwort von
Heribert Prantl

einem Geleitwort von
Wolfram Wette

und Beiträgen von
Harry Block
Sören Böhrnsen
Reiner Braun
Volker Eick
Peter Förster
Peter Herrlich
Lothar Letsche
Wolfgang Liebert
Dietrich Schulze



Herausgegeben von
Roland Blach
Nadja Brachmann
Lothar Letsche
Christof Müller-Wirth
Dietrich Schulze
Sonnhild Thiel
Initiative gegen Militärforschung
an Universitäten
DFG-VK Baden-Württemberg
und dem Bürgerprojekt
Die **An**Stifter

Jetzt entrüsten!

Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs- »Dienstleister«?

Euro 4,50 ISBN 978-3-944137-01-8

Peter-Grohmann-Verlag
Die **An**Stifter

Peter-Grohmann-Verlag
Die **An**Stifter

Inhalt

Vorwort	H. Prantl	3
Geleitwort Rote Karte für die Preisgabe des Grundsatzes „Nie wieder Krieg!"	W. Wette	6
Editorial		8
Friedenswissenschaft - Laudatio auf Werner Buckel	R. Braun	11
Verantwortung der Wissenschaften	P. Herrlich	13
Zivilklausel gegen Militarisierung der Hochschulen	S. Böhrnsen	16
Was tun für die Zivilklausel?	D. Schulze	17
Dual-Use - Forschung und Technologie in der Grauzone	W. Liebert	19
Dual-Use - eine kritische Diskussion	P. Förster	21
Drohnen - der distanzierte Tod?	V. Eick	24
Drohnen - Entwicklung, Einsatz und die Folgen Option Atomwaffenstaat?	H. Block	28
„Nachhaltige Atomkraft" und Transmutation	W. Liebert	30
Atomreaktorforschung beenden	H. Block	33
Transparenz der Hochschulforschung		35
Podium: Weder Atom- noch Waffenforschung	L Letsche, D. Schulze	37
Literaturverzeichnis		40
Autoren und HerausgeberInnen		43

Impressum:
»Jetzt entrüsten«
ISBN 978-3-944137-01-8
Einzelpreis 4,50, ab 10 Expl. 2,50 EU
Stuttgart 2012

Peter-Grohmann-Verlag
Olgastraße 1A
D 70182 Stuttgart
kontakt@die-anstifter.de

Gesamtlayout: www.ateliers-stankowski.de
Druck: www.uws-druck.de

Wer wagt es, sich gegen
donnernde Züge zu stellen?
Die kleinen Blumen
in den Eisenbahnschwellen.
(Erich Kästner)

VORWORT
Von Heribert Prantl

Krieg und ethnische Vertreibung standen am Ende des vergangenen Jahrhunderts, des zwanzigsten, das oft finsterer war als die Zeiten, die der aufgeklärte Mensch gern als finster bezeichnet. Krieg und ethnische Vertreibung standen und stehen am Anfang des neuen Jahrhunderts, des einundzwanzigsten. Die herrschende Politik hat nichts gelernt. Der Geist der Waffen regiert immer noch und die Losung des Martin Löwenberg hat zu wenige Gefolgsleute: „Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen". Martin Löwenberg, ehemaliger KZ-Häftling, ist einer der letzten noch lebenden Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Regime.

Wenn Bomben nichts helfen, helfen dann noch mehr Bomben? Bomben waren und sind immer wieder die Marschmusik für einen Massenexodus. Wenn Krieg nichts hilft, hilft dann noch mehr Krieg? Muss derjenige, der, wie die Nato, immer wieder A gesagt hat, auch B sagen – oder kann er auch „Aufhören" sagen?
Die Initiative „Jetzt Entrüsten!" wirbt für das große „Aufhören". Die Initiative „Jetzt Entrüsten!" sagt Aufhören, wenn es um die Waffenexporte der Bundesrepublik Deutschland geht. Sie sagt Aufhören, wenn es um Rüstungsforschung an den Hochschulen und Universitäten geht. Die Initiative „Jetzt Entrüsten!" wirbt für ein ziviles Gemeinwesen – also für eine „Zivilklausel" an den Hochschulen und Universitäten, für die satzungsmäßige Bindung und die Verantwortung aller Hochschulangehörigen, ihre Forschung und ihre Lehre nur friedlichen Zwecken zu widmen.

Die sogenannten, die angeblichen Realpolitiker nennen das Naivität. Damit haben sie vielleicht sogar recht. Ohne diese Naivität hat man nicht die Kraft, gegen den Jahrtausend-Mainstream anzutreten. Aber diese angeblich Naiven sind die wahren Realpoli-

tiker, weil sie die richtigen Konsequenzen aus der Jahrtausend-Realität ziehen: „Jetzt Entrüsten!“ Diese Entrüstung beginnt dort, wo an neuen, angeblich segensreicheren, angeblich humaneren Waffen geforscht wird. Neue Waffen waren angeblich immer humaner als die alten, wenn den Kriegswerbern nichts besseres einfiel, dann deswegen, weil sie angeblich den Krieg verkürzten.

Erich Kästner hat in den fünfziger Jahren, in den Zeiten der Wiederaufrüstung und der Kommunistenangst, viel über falsche Tapferkeit geschrieben. Er vermisste Zivilcourage bei den Bürokraten, „die nichts als ihre Pflicht tun“, bei den Soldaten „die nichts als ihre Befehle ausführen“, bei all den Kirchlichen, „die nichts weiter plappern können als ihre Ideologie“. Kästner fragte: „Wer wagt es, sich gegen donnernde Züge zu stellen?“ Und er antwortete selbst: „Die kleinen Blumen in den Eisenbahnschwellen“. Einen Strauß davon mag man der Initiative „Jetzt Entrüsten!“ auf den Tisch stellen.

In den Flugblättern der Weißen Rose heißt es: „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt“. Und: „Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt, wird keiner anfangen!“ Diese Worte aus dem Widerstand gegen Hitler sind keine Worte nur für das Museum des Widerstandes. Es reicht nicht, sie auf Gedenkveranstaltungen zu zitieren. Diese Worte haben ihre eigene Bedeutung in jeder Zeit, auch in der gegenwärtigen. Sie gelten in Diktaturen und Demokratien, in Rechtsstaaten und Unrechtsstaaten. In Diktaturen und Unrechtsstaaten verlangen sie ein ungeheures Maß an Mut. Dort ist der Mut lebensgefährlich. In Rechtsstaaten und Demokratien ist der Mut nicht so teuer, aber billig ist er auch nicht. „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt“. Und: „Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt, wird keiner anfangen!“ Jeder und Jede muss für sich nachdenken, was ihm und was ihr das heute sagt und wozu es ihn und sie verpflichtet. Die Initiative „Jetzt Entrüsten“ hat das getan.

Es stimmt nicht, dass man eh nichts machen kann. Es stimmt nicht, dass die Übernahme von Verantwortung eine aussichtslose Sache ist. Das alles sind Ausreden, das sind Sätze zur Tarnung der eigentlichen Bequemlichkeit. Die Initiative „Jetzt Entrüsten!“ ist eine unbequeme Initiative.

www.stattweb.de/files/civil/Doku20120526.pdf

GELEITWORT
Von Wolfram Wette

Rote Karte für die Preisgabe des Grundsatzes „Nie wieder Krieg!“

Seit 1990 erleben wir in Deutschland eine schleichende Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Folgewirkungen strahlen längst auch auf die Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik aus.

Dies geschieht in einem Land,

- dessen Mehrheitsgesellschaft sich nach 1945 in der Überzeugung „Nie wieder Krieg!“ einig wusste;
- in dem die Menschen seit den 1950er Jahren lernten, dass man keine Territorien erobern muss, um die eigene Bevölkerung ernähren zu können, sondern dass Wohlstand und soziale Sicherheit im Frieden viel besser gedeihen und selbst der Export von Waren davon profitiert;
- in dem Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende nach und nach größeres Ansehen gewonnen haben als die Wehrdienstleistenden;
- dessen Bundespräsident Gustav W. Heinemann (SPD), vormals ein führender Gegner der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, bei seiner Antrittsrede vor Bundestag und Bundesrat in Bonn am 1. Juli 1969 unter großer Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten sagen konnte: „Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben.“
- das sich nach 1945 einer Außenpolitik der militärischen Zurückhaltung befleißigt hat und damit gut gefahren ist.

Dies geschieht in einem Land,

- das sich nach dem Ende des Kalten Krieges und der überraschend möglich gewordenen deutschen Einigung in der höchst komfortablen Lage befand, „Freunde ringsum“ zu kennen und keinen einzigen Feind;
- dem sich in dieser Lage die einzigartige Chance eröffnete, der historisch-politischen Erfahrungen verpflichteten Losung „Nie wieder Krieg!“ eine Vielzahl friedenspolitischer Schritte folgen zu lassen und sie im internationalen Raum als spezifisch deutschen Beitrag zur „gewachsenen Verantwortung“ und zum Weltfrieden zu vertreten;
- dessen Bevölkerung (West wie Ost) seit Jahrzehnten eine Friedensmentalität entwickelt hat, die – historisch bedingt - wahrscheinlich sogar ausgeprägter und belastbarer war und ist als in anderen europäischen Ländern.

Dies geschieht in einem Land,

- dessen Militär in der Umbruchphase von 1989/90 in eine Art Schockstarre fiel, weil es mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation und dem Fehlen von Feinden in eine tiefgreifende Legitimationskrise geriet und sich auch die Frage nach der Sicherheit der Arbeitsplätze in der Bundeswehr und in der Rüstungsindustrie stellte;
- in dem nun Militärführung und Teile der Politik fieberhaft nach neuen Aufgaben für die Streitkräfte suchen: Grenzschutz gegen Flüchtlinge, Einsatz als „Grünhelme“ zum Schutz der Natur, Einsatz im Innern gegen Terroristen – und dann eben, dem Wink des amerikanischen Präsidenten Bush sen. folgend, die Idee, eine neue, militärisch definierte Rolle als „partner in leadership“ zu übernehmen;
- in dem sich die politischen Parteien seit 1990 Zug um Zug mit dem Kurswechsel hin zu einer Militarisierung der Außenpolitik anfreundeten oder sich mit ihm abfanden. Dabei konnte es den Militärs und der Rüstungsindustrie egal sein, wie die Auslandseinsätze politisch legitimiert wurden: als friedensschaffende Maßnahmen, als Krieg gegen den Terror, als bewaffnete Entwicklungshilfe oder als Krieg für Menschenrechte, nationale Interessen, die Stabilisierung eines brüchigen Staates am Hindukusch oder – neoimperialistisch - zur Rohstoffsicherung;
- das im Waffenexport auf dem schändlichen Rang 3 der Liste der größten Rüstungsexporteure gelandet ist und dessen Regierung sich derzeit anschickt, die Richtlinien für Waffenexporte und das restriktive Außenhandelswirtschaftsgesetz zugunsten der deutschen Rüstungsindustrie zu ändern;
- dessen Regierung gleichzeitig dabei ist, per Gesetz einen gesonderten Gerichtsstand für im Ausland eingesetzte Soldaten einzurichten, was einer „durch die Hintertür“ erneut etablierten neuen Militärjustiz gleichkommt;

- in dem, kaum dass die Allgemeine Wehrpflicht abgeschafft ist, in den Schulen verstärkt für die – von der Bevölkerung bislang verweigerte – Akzeptanz der weltweiten Militäreinsätze geworben wird;
- in deren Hochschulen sich die Tendenz breit macht, Zivilklauseln gegen Kriegsforschung nicht zu akzeptieren oder sie zu unterlaufen.

Der Übergang zu einer militärisch instrumentierten Außenpolitik in den beiden letzten Jahrzehnten wird von ihren Verfechtern gerne als ein naturgegebener Prozess dargestellt. Das Gegenteil ist richtig. Heute ist es an der Zeit, dass die deutsche Zivilgesellschaft den Vertretern, Planern und Machern der militärischen Interventionspolitik die „Rote Karte" zeigt und klar macht, dass in Deutschland nur noch gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung akzeptiert werden.

Editorial

Kriege beginnen in den Köpfen und mit der Konstruktion von Waffen und Kriegsgründen. Mit Recht hat es unter dem Slogan „war starts here" in letzter Zeit vor Rüstungsbetrieben und Hochschulen Aktionen gegeben. Dass hier der Krieg beginnt, ist keine neue Erkenntnis, über sie sollte in jeder Phase der geschichtlichen Entwicklung neu nachgedacht werden – von jeder Bürgerin, jedem Bürger, von den Beschäftigten und Erwerbslosen, von den Studierenden an den Hochschulen.

Die Bundesrepublik ist der drittgrößte Waffenexporteur weltweit. Mit deutschen Waffen werden täglich Menschen ermordet. Wenn nicht wir, dann liefern doch andere! Einer muss den Anfang machen, die Endlosspirale der Gewalt zu durchbrechen.

Und dazu hat Deutschland, von dessen Boden zwei Weltkriege ausgegangen sind, allen Grund. „Nie wieder Krieg!" war 1945 nach der Befreiung die Parteien übergreifende Überzeugung aller Deutschen in West und Ost. Einer der Holocaust-Überlebenden, einer der ganz wenigen noch lebenden Widerstandskämpfer, Martin Löwenberg aus München, sagt: „Der Leitsatz »Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen« hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die Deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. Darum bekämpfe ich auch heute noch den verfluchten deutschen Militarismus bei Gelöbnissen, Sicherheitskonferenzen und im Alltag."

Leider sieht das die gegenwärtige Politik unterstützt von den großen Medien ganz anders. Die Gewalt der eigenen Seite z.B. im Afghanistankrieg wird vertuscht und verharmlost. Mit Panzern für Saudi-Arabien und atomar ausrüstbaren U-Booten für Israel werden die Spannungen im Pulverfass Nahost verschärft und damit das Undenkbare in den Bereich des Möglichen gerückt, d.h. die Gefahr eines Atomkrieges herauf beschworen.

Es gibt aber Lichtblicke. In der populären ZDF-Serie „Abenteuer Forschung" behandelte kürzlich Harald Lesch das brisanteste Thema unserer Zeit, die Rückkehr der Atombombe. Darin wies er die Fragwürdigkeit der propagierten Wunderwaffe Raketenabwehr nach, die ausschließlich ein Geschäft für die Rüstungsindustrie war und ist. Er zieht daraus die Schlussfolgerung: „Zum Frieden gibt es keine Alternative. Der Wille zum friedlichen Zusammenleben ist die einzige wirkliche Waffe gegen alle Bomben dieser Welt."

Im Zusammenhang mit der letzten Münchener Sicherheitskonferenz hatte sich der Verteidigungsminister über die mangelnde Unterstützung aus den Hochschulen für die Bundeswehr beklagt, z.B. zur Frage von Drohneneinsätzen. Das ist einerseits ein völlig falsches Bild der Realitäten. Immer mehr Hochschulen sind in naturwissenschaftlichen, medizinischen und geisteswissenschaftlichen Bereichen mit Kriegsforschung und Besatzungsherrschaft befasst. Zum Beispiel forschen die Universitäten Tübingen, Karlsruhe und andere an Drohnen für Kriegs- und Überwachungseinsätze. Andererseits übt damit de Maiziere indirekt Kritik an der wachsenden Zivilklausel-Bewegung an den Hochschulen.

Die Zivilklausel ist die satzungsmäßige Bindung und gelebte Verantwortung aller Hochschulangehörigen, Forschung und Lehre ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken zu widmen. Genau dieses Thema war der Inhalt eines zweitägigen Kongresses am 15. und 16. Juni 2012 beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT), dem Zusammenschluss der Universität und des ehemaligen Kernforschungszentrums Karlsruhe. Die Grundgedanken aus diesem Kongress sind in den Beiträgen dieser Publikation zusammengefasst.

Die Universität Karlsruhe wurde nicht zufällig als Veranstaltungsort gewählt. Vor 25 Jahren gab es dort fast auf den Tag genau eine beachtete Konferenz gegen Rüstungsforschung, inspiriert von Professor Werner Buckel (1920 – 2003). Er war der langjährige Direktor des Physikalischen Instituts der traditionsreichen Fridericiana, ein begnadeter Grundlagenforscher mit herausragenden didaktischen Fähigkeiten, Friedenswissenschaftler und früher Atomkraftkritiker zugleich. Von ihm stammt der schöne Gedanke über das vorbehaltlose Zusammenstehen aller Hochschulangehörigen in der sogenannten Nachrüstungsdebatte 1983 „Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität." Die Studierenden und die ProfessorInnen waren zuvor gemeinsam gegen die Stationierung von Atomraketen auf die Marktplätze gezogen.

Der Karlsruher Kongress begann mit einer Laudatio auf dieses akademische Vorbild (Reiner Braun), wurde mit einem Beitrag über historische Aspekte der Verantwortung der Wissenschaften (Peter Herrlich) fortgesetzt und mit der Thematik Atom- und Waffenforschung (Harry Block) und Nachhaltigkeit der Atomkraft (Wolfgang Liebert) abgerundet. Der zweite Tag war Referaten und Arbeitsgruppen zu Kernthemen der Bewegung gegen die Indienstnahme der Hochschulen für Rüstungszwecke gewidmet und wurde mit einer daran angelehnten Podiumsdiskussion abgeschlossen.

Die Kernthemen waren Zivilklausel (Sören Böhrnsen), Dual-Use (Wolfgang Liebert), Drohnen (Volker Eick) und nochmals Atomforschung (Harry Block). Interessante Ergebnisse und Impulse aus den Arbeitsgruppen sind in jeweils angefügten Kapiteln wiedergegeben. Nicht zuletzt aufgrund der Podiumsdiskussion haben die Herausgeber dem Thema „Transparenz der Hochschulforschung" ein eigenes Kapitel gewidmet.

Die Broschüre soll zum Nachdenken anregen. Stiften Sie sich selbst und andere an, tätig zu werden für Frieden und Demokratie.

(Die Herausgeber)

Friedenswissenschaft – Laudatio auf Werner Buckel

Im Versuch, die Persönlichkeit von Werner Buckel näher zu bringen, zu Beginn eine Lebensphilosophie, die das ausdrückt, wofür er stand: *„Ich bin nicht nur für das verantwortlich was ich tue, sondern auch für das, was ich widerspruchslos hinnehme."* (Walter Bloch)

Ein Mensch, der sich seiner Verantwortung bewusst war und der diese gestaltet hat. Einige wenige Daten:

- * 18.05.1920 in Nördlingen † 03.02.2003 in Karlsruhe
- 1960 bis zur Emeritierung 1985 Professor und Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Fridericiana Karlsruhe.
- Leidenschaftlicher Physiker, bekannt als guter Didaktiker.
- Standardwerk: „Supraleitung: Grundlagen und Anwendungen." Hauptarbeitsgebiet war die Supraleitung.
- 1971 bis 1973 Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft. 1986 bis 1988 Präsident der Europäischen Physikalischen Gesellschaft.
- 1982 Ehrendoktorwürde der Universität Gießen und 1985 der Universität Göttingen.
- 1984 höchste Auszeichnung der Tieftemperaturphysiker (Fritz London Memorial Award).
- 1990 Verdienstorden 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland.

Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit ging er von der gesellschaftlichen Verantwortung der NaturwissenschaftlerInnen aus. Er hatte drei große Lehren aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts gezogen:

- 1945 Nie wieder Krieg > Abschaffung des Krieges
- 1945 Hiroshima > Nuklearwaffenkonvention
- Tschernobyl & Harrisburg > Erneuerbare Energie anstelle von Atomkraft.

Er stand der Anti-Atomkraft-Bewegung nahe und lehnte die zivile Nutzung der Kernkraft ohne hinreichende Sicherheit ab. Bereits zu Beginn der 80er setzte er sich für die Nutzung der Sonnenenergie ein und förderte entsprechende Studien und Untersuchungen. 1983 nahm er Anteil am Aufbruch der NaturwissenschaftlerInnen gegen die Stationierung von Atomwaffen (Mainzer Appell).

1984 engagierte er sich leidenschaftlich gegen die Militarisierung des Weltraums, gegen das SDI-Programm. In einer Ansprache auf dem Marktplatz in Göttingen stellte er den internationalen Appell gegen die Militarisierung des Weltraums vor.

Werner Buckel war aktiv tätig in der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" und in der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW. 1991 war er Mitgründer der internationalen Vernetzung INES.

Er war Herausgeber des Buches „Nachdenken statt Nachrüsten: Wissenschaftler für den Frieden" (1984), Mitherausgeber der Broschüre „Rüstungsforschung – Diskussion der Probleme und Alternativen" über die Tagung im Juni 1987 an der Universität Karlsruhe (Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden Nr. 10, Januar 1988) und Mitherausgeber des Buches „Der Griff nach dem atomaren Feuer" (1996).

Seine herausragenden Eigenschaften: Ohne im Mittelpunkt stehen zu wollen, hörte er zu und lernte. Er hatte einen tiefen Sinn für Gerechtigkeit - im Kleinen wie im Großen – bei dem aufkommenden Rassismus nahm er an der Menschen-Lichterkette teil.

Was hat uns Werner Buckel heute zu sagen?

- Das klare NEIN zur Rüstungsforschung. Militärische Forschung gehört nicht an die Hochschulen.
- Verzicht auf Forschungsaufträge militärischer Stellen. Keine Zustände wie in den USA, wo in den Hochschulen für reine Grundlagenforschung Geld von Agencies der Army oder der Navy genommen wird.
- Offenlegung der Mittel von dritter Seite für Forschungsaufgaben der Hochschulen.
- Keine Arbeiten an den Hochschulen, die geheim gehalten werden müssen. Diese gehören entweder in die Labors der Industrie oder im Fall von militärischer Geheimhaltung jedenfalls nicht in die Hochschulen.

Welche Lektionen erteilen uns die Geschichte und das Lebenswerk von Werner Buckel?
Wer nicht aus der Geschichte lernt, ist verdammt diese zu wiederholen: NEIN zum Krieg und zu Atomwaffen.
„Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts."
(Willy Brandt).

Werner Buckel ist ein Vorbild für alle Studierenden und WissenschaftlerInnen. Er kann als einer der Väter der Zivilklausel angesehen werden. Der von ihm hier an der Universität Karlsruhe vor 25 Jahren am 27./28. Juni 1987 organisierte Kongress gegen Rüstungsforschung war übrigens das Motiv für Ort und Terminwahl dieser Tagung.

Er war ein großer Freund von Hochschulaktionen für den Frieden. Die Initiative vor Ort, dass sich Studierende und HochschullehrerInnen zusammensetzen und – wenn nötig – auch streiten, war ihm ein großes Anliegen. Aus solchen Bündnisaktionen, von denen es damals viele gab, können wir lernen. Das herausragende Beispiel der Verteidigung der Zivilklausel an der Universität Bremen sollte Ansporn für die Arbeit an den Hochschulen sein.

Mitarbeit in gesellschaftlichen Initiativen, in Friedensinitiativen u.a. ist keine Zeitvergeudung und nicht karrieregefährdend, sondern sinnstiftend und notwendig. Gesellschaftlich engagiert und guter WissenschaftlerInnen zu sein, Werner Buckel hat es vorgemacht. Beides bedingt sich: Verantwortung des Wissenschaftlers und Wissenschaft in Verantwortung.

In einer Rede nach dem Abzug der Mittelstreckenraketen erklärte er damals: „Es hat sich gelohnt." Es lohnt sich, gesellschaftlicher Wegbereiter für Frieden und Gerechtigkeit zu sein, auf einem Weg, der langen Atem erfordert.

(Reiner Braun)

Verantwortung der Wissenschaften

Die fulminante Entwicklung und Komplexität technischer Neuerungen von Informatik, Physik bis Gentechnik verführt dazu, die Wissenschaftler einerseits als Experten zu überhöhen, andererseits in unseren Ängsten vor bedrohlichen Folgen zu verteufeln. Den WissenschaftlerInnen wird ein besonderes Maß an Verantwortung „für unser Leben" zugeschoben. Wofür genau tragen sie Verantwortung? Dazu mag die Betrachtung zweier Extrembeispiele von berühmten Wissenschaftlern hilfreich sein.

Wernher von Braun: Bekannt als genialer Raketenbauer. Schon als Jugendlicher experimentierte er in Berlin mit Treibstoffen für Flug-

körper. 1937 wurde er technischer Direktor der Heeresversuchsanstalt in Peenemünde und begann intensiv an der Entwicklung von Raketen zu forschen. In der Kriegsendphase wurden 3200 V2 Raketen auf London und Antwerpen abgeschossen. 8000 Menschen starben, viele wurden verletzt. Für die Serienfertigung wurden Zwangsarbeiter im Konzentrationslager Buchenwald (Mittelbau-Dora) eingesetzt, von denen 20000 unter den unmenschlichen Arbeitsbedingungen unter Tage zugrunde gingen. Kurz vor Kriegsende lief Wernher von Braun zu den Amerikanern über und begann eine neue Karriere als Raketenbauer in den USA. Berühmt wurde die Saturn V, mit der die ersten Weltraumfahrer auf dem Mond landeten. Wernher von Braun war nur an seiner technischen Vision interessiert, wofür sie eingesetzt wurde, war ihm gleichgültig („this is not my department"). Er ist der Prototyp eines Wissenschaftlers, der sich nicht um die gesellschaftlichen und politischen Folgen seines Handelns schert. Das ist amoralischer Opportunismus.

Fritz Haber: Genialer Chemiker. Nobelpreis 1919 für die Erfindung der Stickstoff-Fixierung. Haber war „glühend patriotisch". Im „patriotischen Engpaß" des Kriegsjahrs 1914/1915 wurde Habers Stickstoff zum Rettungsanker für die Schießpulver-Produktion, nachdem die Transportroute für Chile-Salpeter blockiert war. Im weiteren Kriegsverlauf entwickelte Haber die Idee des Gaskriegs und betrieb diesen gegen die Bedenken anderer Wissenschaftler wie Otto Hahn und Gustav Hertz. Seine Frau Clara Immerwahr nahm sich nach dem ersten „erfolgreichen" von ihm begleiteten Giftgaseinsatz das Leben. Haber verteidigte auch nach dem Krieg seine Handlungen. Hubert Kneser zog daraus in seinem Artikel „Geschichte der Chemie-Waffen und die Verantwortung des Naturwissenschaftlers" in „Ächtung der Giftwaffen" (eds Werner Dosch & Peter Herrlich, Fischer Verlag Frankfurt 1985) die Folgerungen: *„Ein Einzelner kann erreichen, dass eine ganz neue Waffenart eingeführt wird. Ein Einzelner kann etwas in Gang Befindliches nicht wieder abbremsen. Der Weg zur Aufrüstung wird durch Ideologien bereitet."*

In beiden Fällen wird eine Zweiteilung der Verantwortung deutlich. Die Verantwortung des Erfinders auf der einen Seite, die Verantwortung von uns allen, die wir die Ideologien „erzeugen", auf der anderen Seite. Die Situationen der meisten Forscher geben natürlich nicht ein so eineindeutiges Bild ab wie diese beiden Fälle.

Die WissenschaftlerInnen können meist nicht leicht erkennen, ob ihr erworbenes Wissen, ihre Erfindungen, in einer nicht beabsichtigten Richtung verwendet werden kann. Konnten PsychologInnen, die an künstlicher Intelligenz oder an Spracherkennung arbeiten, ahnen, dass sie helfen, mit Robotern Flüchtlinge am Grenzübertritt zu hindern? Konnten InformatikerInnen voraussehen, wie die fulminante Entwicklung des Internets ermöglichen wird, „feindliche" Anlagen lahmzulegen oder private Computer auszuhorchen? Bilderkennung wird für eine Fülle von zivilen Zwecken genutzt, wurde aber auch ein Basiselement der militärischen Aufklärung, der (Killer-)Drohnensteuerung und Überwachung von Demonstrationen.

Dass WissenschaftlerInnen sich tatsächlich intensiv Gedanken machen, welche Gefahren aus ihrer Tätigkeit erwachsen könnten, dafür bietet die Biologische und Biomedizinische Forschung erfreulich positive Beispiele. Es begann in den 1970er Jahren mit dem Gentechnik-Moratorium. Nicht nur die TeilnehmerInnen an der Asilomar-Tagung 1975, sondern in der Folge BiologInnen weltweit nahmen die Diskussion um die möglichen Risiken der neuen Genetik-Methoden ernst. Das Moratorium wirkte als Erziehungsmaßnahme. Denn seither ist die Risiko-Bewertung in der biologischen Wissenschaft präsent.

Zur Erziehung und Schärfung des Bewusstseins für Verantwortung sollte jede Universität und jede Forschungseinrichtung eine moralische Aufforderung in ihren Satzungen enthalten, die Forschung ausschließlich zum Wohle der Menschen auszurichten (Zivilklausel). Es geht um Verantwortungsschulung und Anstoß zu ständiger Diskussion, nicht um juristische Kontrollen. ForscherInnen müssen sehr kritisch gegenüber Auftragsforschung sein (wer ist AuftraggeberInn, mit welchem Zweck wird gefördert!). Die Offenlegung aller Forschungsergebnisse ist die wichtigste Forderung. Das zur Zeit um sich greifende „Open Access" Konzept der Veröffentlichungen kann diese Forderung unterstützen.

Zur Verantwortung der Forschenden gehört die Verantwortung jeder Bürgerinn, jeden Bürgers für die politischen Entscheidungen über die Anwendung von Erfindungen, das heißt die Verantwortung der gesamten Gesellschaft.

(Peter Herrlich)

Zivilklausel gegen Militarisierung der Hochschulen

Was ist eine Zivilklausel? Die Verpflichtung oder Selbstverpflichtung der Hochschulen, nur für zivile, nichtmilitärische Zwecke tätig zu sein. Das bedeutet Ablehnung von Kooperationen und Geldern von Rüstungskonzernen oder vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Oder gar den Kauf von Studienplätzen durch die Bundeswehr, was bei einer Bremer Hochschule in der letzten Woche bekannt wurde. Davor soll eine Zivilklausel schützen und die Autonomie der Hochschule bewahren. Andererseits soll die Zivilklausel auch dafür sorgen, dass die Lehre rein zivilen Zwecken dient und Studienplätze nicht wie an der Uni Potsdam für Offiziersschüler reserviert werden. Eine öffentliche deutsche Hochschule hat sich nicht in den Dienst der internationalen Rüstungsindustrie zu stellen.

Was ist der Unterschied zwischen einer Zivilklausel und einer Friedensklausel? Dazu ein Zitat aus dem Artikel „Freiheit der Wissenschaft und die Friedensfinalität der Verfassung" des Frankfurter Staatsrechtlers Erhard Denninger: „Verpflichtet sich eine Hochschule, Lehre und Forschung nur an *`friedlichen Zwecken'* auszurichten, so kann von interessierter Seite, zumal auch von Drittmittelgebern aus der Rüstungsindustrie geltend gemacht werden, bestimmte waffentechnisch relevante Forschungen würden einer solchen Zwecksetzung durchaus nicht zuwiderlaufen. Man bräuchte hier noch nicht einmal das ebenso fragwürdige wie klassische *'Argument'* der ‚Fleet in being', also der abschreckenden Wirkung bloßer militärischer Präsenz, zu bemühen. Vielmehr würde man darauf hinweisen, dass die Charta der Vereinten Nationen (vom 26. Juni 1945) zwar das allgemeine Gewaltverbot in internationalen Streitigkeiten proklamiert (Art. 2 Nr. 3 und 4 UN-Charta, Gründungsvertrag der Vereinten Nationen), gleichwohl aber *‚zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens',* mithin zu einem durchaus *friedlichen Zweck*, den Einsatz von Streitkräften aller Art unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Forschung für *‚militärische Zwecke',* military purposes, so schlösse diese Argumentation, wäre durch eine Friedensklausel mithin keineswegs sicher ausgeschlossen."

Darauf möchte ich deswegen hinweisen, weil wir an der Uni Bremen gerade unsere Zivilklausel verteidigt haben, während bestimmte Dekane versucht hatten, die eindeutige Zivilklausel, in der jegliche Rüstungszwecke abgelehnt werden, durch eine Friedensklausel zu ersetzen und diese damit aufzuweichen.

Die Zivilklausel darf nicht nur auf dem Papier stehen, sie muss auch gelebt werden. Das heißt, die Forschung muss im Auge behalten werden. Und da haben wir gerade ein Problem an der Uni Bremen. Zitat aus SpiegelOnline vom 13. Juni 2012: „Streit um Militärforschung. Lassen Sie die Waffen fallen. Studentenvertreter beklagen mangelnde Transparenz. ….. Mindestens ein Dutzend Mal hat die Uni Bremen ihr Tabu gebrochen, keine Rüstungsforschung zu betreiben. Das offenbaren interne Recherchen. Hunderttausende Euro flossen in potentiell militärische Projekte. Details gibt der Rektor nicht preis." Hier ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Ein Wort noch zu einem beliebten Argument der Zivilklausel-Gegner. Diese würde die Forschungsfreiheit einschränken (Art. 5 Abs. 3 GG) und einen Eingriff in die Autonomie der Hochschule darstellen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Verfassungsauftrag ist es, für eine freie und unabhängige Wissenschaft zu sorgen. Die Zivilklausel schützt die Hochschule vor der Kolonialisierung durch militärische Interessen. Die Uni kann nur frei und unabhängig sein, wenn sie frei von finanziellen Zwängen ist.

Im Rahmen der Bremer Zivilklausel-Debatte wurde das Buch „Rüstungsstandort an der Weser" herausgebracht, das von der Bremer Rüstungsindustrie handelt und in dem auch Beiträge zur Zivilklausel enthalten sind.

(Sören Böhrnsen)

Was tun für die Zivilklausel?

Im Arbeitskreis Zivilklausel der Karlsruher Tagung wurde versucht, die Zivilklausel-Bewegung zu bilanzieren und Impulse für die weitere Arbeit zu entwickeln.

Wir sind dafür, Aktivitäten wie die Aktionswoche vom 24. bis 29. September 2012 „Keine Bundeswehr in Hochschulen!" zu unterstützen nach Maßgabe der jeweiligen Kräfte vor Ort an den Hochschulstandorten.

Wir haben es als wichtig empfunden, dass den Studierenden geholfen wird bei ihrem heute ausgesprochen verschulten Studium - durch Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und auch von außen mit den Gewerkschaften, den Friedensgruppen und anderen. Ein Beispiel dafür, wo das gut funktioniert, ist Bremen. Es ist kein Zufall, dass in Bremen eine solche Bewegung entstanden ist, weil dort diese Zusammenarbeit klappt.

Der entscheidende Punkt ist und bleibt die Aufklärung über die konkreten Zwecke von Forschung und Lehre an den Hochschulen. Es muss öffentlich gemacht werden, wo Militärforschung oder Lehre für militärische Zwecke betrieben wird und die Öffentlichkeit darüber informiert werden. Das ist der entscheidende Punkt – mit oder ohne Zivilklausel. Ohne diese Offenlegung bleiben alle Bemühungen leere Versprechen.

Es ist notwendig, die Gegenbewegung aus dem BMVg und des Bundesverteidigungsministers, neuerdings auch des Bundespräsidenten zurückzuweisen, die uns erzählen, dass es die selbstverständlichste Sache an den Hochschulen sei, dass die Bundeswehr mit Programmen der Militärforschung und Besatzungswissenschaft unterstützt wird. Stichwort „Mutbürger in Uniform". Die Verfügung, bestimmte Hochschulforschungsprogramme unter Geheimschutz zu stellen, zum Beispiel militärisch relevante Sicherheitsforschung, muss aufgehoben werden. Das ist die unterste Stufe von Transparenz: keine Geheimhaltung.

Wir haben die Überlegung angestellt – auch ausgehend von der Bewegung in Bremen und einer Aktion in Köln (Unterstützungsunterschriften der Hochschulangehörigen für die Zivilklausel) - eine Unterschriftensammlung zu machen, in der Uni-Angehörige persönlich unterzeichnen, dass sie sich gegen militärische Zwecke von Forschung und Lehre wenden. Es gibt dafür ein Beispiel aus dem Jahre 1986, die persönliche Unterzeichnung, die Mitarbeit am Forschungsprogramm zur Laserwaffen-Raketenabwehr (SDI-Programm) zu verweigern. Es soll eine bundesweite Unterschriftensammlung werden. Wie das auf die Reise gebracht werden kann, ist noch offen.

Die politische Diskussion innerhalb und außerhalb der Hochschulen über die Zwecke von öffentlich finanzierter Forschung ist das A und O. Die politische Alternative lautet: Forschung für eine soziale Gesellschaft oder Forschung für eine Gesellschaft, die Interventionskriege in aller Welt führt. Über diese hochpolitische Frage muss weiter diskutiert werden, innerhalb und außerhalb der Universitäten.

Mit der Tagung in Karlsruhe ist vielleicht ein kleiner Beitrag für die Hochschulen geleistet worden, die Arbeit für den Frieden ein Stück voranzubringen.

(Dietrich Schulze)

Dual-Use – Forschung und Technologie in der Grauzone

Wenn die Zivilklausel-Bewegung dauerhaft Erfolg haben soll, muss sie herausfinden, was vor Ort geschieht, woran konkret geforscht wird. Es genügt nicht, abstrakt gegen die ökonomische und militärische Kolonisierung der Hochschulen zu sein. Das als Vorwort zu einer damit zusammenhängenden allerdings ebenfalls abstrakten Thematik. Dual-Use ist seit längerem ein öffentliches Thema bei der Exportkontrolle für Dual-Use-Güter im Nuklear-, Chemie-, Bio- und Raketenbereich (Vermeidung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen) und bei der modernen Biotechnologie (Anwendungsforschung für Therapie oder Pharmaka mit Potential für Bio-Waffen). Hier dominiert das Denkmuster des „Missbrauchs".

Bei der Dual-Use-Problematik in Forschung und Entwicklung (FuE) geht es aber um die doppelte (oder vielfältige) „Gebrauchs"-Möglichkeit für zivile und militärische Zwecke:

(1) Ursprünglich militärisch dominierte Forschung kann auch für zivile Zwecke genutzt werden (spin-off). Türöffner für dauerhaftes Dual-Use, solange die wiss.-techn. Basis unhinterfragt und unverändert bleibt. (Bsp.: Nuklear- und Raketentechnologie)

(2) Zivil dominierte innovative Forschung als Potential für waffen-relevante Kenntnisse und Anwendungen. Dual-Use-Risiko solange Entwicklungspfade, Ambivalenzen, Anwendungen, Intentionen uneingeschätzt bleiben. (Bsp.: moderne Bio- und IuK-Technologie)

(3) Bewusst geplante zivil-militärische Grauzonen des Dual-Use mit doppelter Verwendbarkeit. Das beginnt mit der Durchentwicklung ziviler Forschung und Technologie für spezifisch militärische Anforderungen und Weiterentwicklung ziviler Komponenten in modular aufgebauten Waffensystemen und mündet in die be-

wusste Nutzung von Synergien mit Angleichung der Zielsetzungen, um gleichzeitig militärisch und ökonomisch attraktive Ergebnisse zu erreichen.

Die ersten beiden Aspekte betreffen die Wissenschaft und die Forschenden direkt; gefordert sind kontinuierliche Analysen und Positionierung der Beteiligten. Über den dritten Weg, die Dual-Use-Konzeptionierung, die in Deutschland in den 1980ern erfunden wurde und in den USA und der EU nach dem Kalten Krieg zur Leitlinie wurde, muss in besonderer Weise diskutiert werden. Der Konnex mit den angeblich zivil ausgerichteten nationalen und europäischen Sicherheitsforschungsprogrammen ist von aktueller Bedeutung. In Großbritannien fließen bereits mehr als 200 Mio. Pfund jährlich innerhalb von Dual-Use-Programmen in die Hochschulen.

Zur Bewertung der zivil-militärischen Grauzonen:
(1) Die Verwischung der Grenzlinien ist inakzeptabel. Die offene Ausweisung und Zuweisung der öffentlichen Mittel und die demokratische Kontrolle sind unverzichtbar. Das Verstecken militärisch relevanter Forschung ist unmoralisch. Ziel muss die ausschließliche Nutzung zum Wohl der Gesellschaft sein. Die wertvolle Ressource Forschung und Technologie darf nicht vergeudet werden.
(2) Wenn Dual-Use und Ambivalenz die Wissenschaften durchzieht, wird ihre schöpferische Kraft fragwürdig. Gewollter Dual-Use verändert die Richtung des wiss.-technischen Fortschritts. Darf die Forschungsförderung die wissenschaftlich Arbeitenden bewusst in Gewissenskonflikte bringen?
(3) Die Forschenden werden über die Zielsetzungen ihrer Arbeit im Unklaren gelassen. Das steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Idealen. Ethisch-moralische Dilemmata sind absehbar.

Die Konsequenzen daraus:
(1) Militärische und Dual-Use-Forschung gehören nicht in Hochschulen und öffentlich geförderte zivile Forschungseinrichtungen.
(2) Wege zur Entflechtung von Dual-Use-Forschung sind aufzufinden und zu beschreiten. Die WissenschaftlerInnen selbst sind gefordert, verantwortlich zu handeln. Strukturell notwendig sind angemessene Formen der Technikfolgenabschätzung.
(3) Transparenz ist angesagt und wissenschaftlich-unabhängige öffentliche Analyse, vor allem die Offenlegung der Zielsetzungen durch Industrie, Regierung, Forschungseinrichtungen und Universitäten.

(4) Präventive Positionierung der Hochschulen gegen militärische oder graue (Dual-Use) Drittmittel für die Forschung. Das britische Beispiel darf nicht Schule machen.
(5) Debatte über Zivilklauseln und ihre Annahme als wichtiges Instrument für die Schaffung von Bewusstsein und für Foren der Diskussion und der Auseinandersetzung. Förderung der Reflexion über militärische, Dual-Use und ambivalente Forschung und Technologie-Entwicklung mit der Perspektive entsprechenden Handelns.

Zusammenfassung: Es geht darum, die Tür zu öffnen zu einer bewussten, verantwortbaren, friedensfördernden und proliferations-resistenteren, global und sozial sensiblen Gestaltung von Forschung und Technologie für die Zukunft.

(Wolfgang Liebert)

Dual-Use – eine kritische Diskussion

Im Arbeitskreis Dual-Use der Karlsruher Tagung gab es eine komplexe und vielschichtige Diskussion. Wir haben nicht nur über Dual-Use diskutiert, sondern auch die gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Grundlagen, die überhaupt dafür Voraussetzung sind, dass wieder Militärforschung und sogenannte Dual-Use-Forschung stattfinden. Eingangs hatte jemand als Ausgangspunkt ausgemacht, dass es ja eigentlich nach 1945 in Deutschland einen gesellschaftlichen Konsens gab, dass von Deutschland kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Und entsprechend dürfe auch keine Rüstungsproduktion und Rüstungsforschung stattfinden.

Dazu gab es aber verstärkt in den letzten Jahrzehnten eine Gegenbewegung, die mit massiver Angstmacherei vorangetrieben wurde, vor allem gegen einen angeblichen „äußeren Feind". Es wird mit dem Höllenfeuer der Taliban gedroht, und wenn „wir" jetzt nicht aufrüsten und dagegenhalten, würde alles untergehen. Angst und Einschüchterung sind das Gegenprinzip von Aufklärung, von dem, was Wissenschaft und Demokratie ausmacht.

Nachdem die wirtschaftliche Verwertungslogik mit Exzellenz- und Drittmittelorientierung in den Hochschulen zum Prinzip gemacht wurde, gelang es in diesem Kontext, das Militär im Wissenschafts-

system zu verankern. So konnte in Fraunhofer-Instituten etc. der Sicherheitsdiskurs dominant werden. In diesem Kontext wurden zivile und militärische Bereiche vermengt und eine angeblich nur militärisch zu garantierende ‚Sicherheit' als das vermeintlich entscheidende Interesse der Bevölkerung dargestellt.

Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Diese Politik und die damit verbundene Forschung hat Probleme geschaffen, indem sie zu Krieg beiträgt und gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet ist. Wir haben festgestellt, dass es in den letzten Jahren zunehmend Kritik an dieser Orientierung gegeben hat, weil sich herausgestellt hat, dass die Rüstungsinteressen und überhaupt die Geschäftemacherei nicht die Interessen der Bevölkerung sind. Dass Deutschland aufrüstet und Waffen in die ganze Welt exportiert und auch noch die Hochschulen dafür in Dienst genommen werden, hat nicht dazu geführt, dass es sozialer, friedlicher und sicherer wird auf dieser Welt – im Gegenteil.

Vor diesem Hintergrund läuft der Dual-Use-Diskurs. Also die Behauptung, was man forsche, sei sowieso militärisch und zivil anwendbar. Es ist aber nicht so, dass man nicht beeinflussen kann, was bei der Forschung herauskommt. Denn die Fragestellungen für die Forschung werden immer spezifischer und im Forschungsprozess ist immer mehr schon angelegt, was das Ergebnis sein soll – ob ich an Bomben forsche oder an gesellschaftlich sinnvollen Sachen, macht einen Unterschied. Der spätere Nutzen wird zunehmend im Forschungsprozess mit bedacht, weil der wissenschaftlich-technologische Prozess so weit ist, dass es sehr spezifische Fragestellungen gibt und durch die Drittmittelorientierung ja auch sehr konkrete Anwendungen angestrebt werden.

Dual-Use hat also die Funktion der Verschleierung, drückt aber auch eine gewisse Defensivhaltung der Militarisierungsbefürworter aus. Es gibt in der Bevölkerung eher die Hegemonie, dass man keinen Krieg will und keine Rüstungsforschung, wofür auch die Zivilklausel-Bewegung steht. Von da her stellt Dual-Use den Versuch von interessierter Seite dar, was in Hochschulen stattfindet, zu verschleiern – sich der Diskussion um die Verantwortung der Wissenschaft nicht zu stellen. Dabei werden zwei Scheinargumente angeführt: Bei der Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft gibt es einmal die Behauptung, man sei frei von gesellschaftlichen Interessen und würde nur Grundlagenforschung betreiben, andererseits die These, man würde nur Dual-Use-Forschung betreiben. Beides läuft darauf hinaus, dass man als Wissenschaftler keine Verantwortung hat. Faktisch ist es aber so, dass es Grundlagenforschung immer weniger gibt, weil eben immer mehr schon die konkrete Anwendung mitberücksichtigt wird. Da die Wissenschaft zunehmend relevant wird für die gesellschaftliche Entwicklung, für die Produktion, stellt sich zunehmend die Frage, in wessen Interesse denn die Fragen gestellt werden und welche Probleme gelöst werden sollen.

Das war noch einmal die Spezifizierung, um was es eigentlich geht, wenn man von gesellschaftlicher Verantwortung der Wissenschaft spricht: Nämlich um eine kritische Reflektion der Wissenschaftsausrichtung und der gesellschaftlichen Voraussetzungen der Wissenschaftsproduktion, und zwar darauf hin, einen humanen Nutzen der Forschung zu ermöglichen. Wir haben zudem noch einmal das Problem der Geheimhaltung vertieft. Diese ist doppelt problematisch. Einerseits für die Wissenschaft selber, weil sie die Weiterentwicklung der Wissenschaft behindert – wie das auch bei Dual-Use der Fall ist, indem man versucht, die Reflexion über die Wissenschaft einzuschränken. Zudem ist beides durch und durch antidemokratisch, weil natürlich mit der Geheimhaltung und auch mit der Behauptung, alles sei Dual-Use, verhindert wird, dass man rational, kritisch und demokratisch bestimmt, was im allgemeinen Interesse gelernt und geforscht wird.

Abschließend haben wir festgehalten, dass das Entscheidende ist, genau diese Debatte zu führen, die von der Gegenseite mit der Dual-Use-Behauptung zu verhindern versucht wird: Wir sollten genau hinschauen, was geforscht wird, in wessen Interesse geforscht wird und überlegen, was die Voraussetzungen dafür sind, dass wirklich im allgemeinen Interesse für Frieden und soziale Verbesserungen geforscht werden kann. Deshalb reicht es nicht, nur eine Zivilklausel hinzuschreiben, sondern es kommt auf die gelebte Praxis für die Zivilklausel an den Hochschulen an. Der Anspruch auf unbedingte Zivilität und Aufklärung für eine humane Entwicklung sind das Entscheiden, was eine Zivilklausel ausmacht.

(Peter Förster)

Drohnen – der distanzierte Tod?

Der Einsatz von Drohnen, also von unbemannten technischen Systemen, die, ohne Personenbesatzung ferngesteuert, halbautomatisch oder autonom, fliegen, schwimmen, tauchen, laufen, fahren, klettern oder krabbeln können, hat in den vergangenen Jahren im zivilen, polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Bereich einen regelrechten Boom erfahren. Sie fliegen über den Wäldern Kanadas und Brandenburgs zur Waldbrandprävention, prüfen vor der türkischen Mittelmeerküste autonom schwimmend die Wasserqualität, überfliegen, gesteuert von Polizisten, Großdemonstrationen, patrouillieren unter Wasser entlang des Gaza-Streifens oder töten Männer, Frauen und Kinder in Pakistan, im Jemen und anderswo.

Drohnen können nach unbemannten Luftfahrzeugen (Unmanned Aerial Vehicles, UAVs), Land- und Wasserfahrzeugen unterschieden werden, die sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich zum Einsatz kommen (Dual-Use) vgl. www.nytimes.com/interactive/2010/11/27/us/ROBOT.html

Voraussetzungen für den Einsatz sind Funkfrequenzen sowie gegebenenfalls Satellitensysteme wie GPS oder Galileo. Die Größe von UAVs liegt gegenwärtig zwischen der eines Insektes und der eines Verkehrsflugzeuges, allerdings wird an weitaus größeren und weitaus kleineren Exemplaren für bewaffnete und unbewaffnete Systeme geforscht. Voraussetzungen für vollständig autonome und selbst entscheidende Drohnen, die sich zudem eigenständig mit anderen Drohnen zu sogenannten Schwärmen koordinieren sollen, werden keineswegs nur diskutiert, sondern umfassend erforscht und erprobt.

Militär-Drohnen

Für den militärischen Bereich zeigt die US-Armee den Weg: 2001 hatte sie lediglich 60 Flugdrohnen und heute mehr als 6.000. Die Kosten sind von 0,35 Mrd. $US auf 4,2 Mrd. $US gestiegen. Auch die Bundeswehr besitzt Drohnen, gegenwärtig 335; deren Bewaffnung ist ab 2015 geplant. Zu den in der Bundeswehr im Einsatz befindlichen Flugdrohnen gehören *Aladin* (Abbildende Luftgestützte Aufklärungsdrohne im Nächstbereich), die der „urbanen Aufklärung und Überwachung einzelner Personen" dienen soll, das KZO (Kleinfluggerät Zielortung), die *LUNA* (Luftgestützte Unbemannte Nahaufklärungs-Ausstattung), die Mikado (Mikroaufklärungsdrohne für den Ortsbereich) und die X-13; schließlich die *MALE Heron TP für SAATEG* (System zur abbildenden Aufklärung in der Tiefe des Einsatzgebietes), das seit 2010 verfügbar ist (Tabelle 1).

Tabelle 1:
Drohnenproduzenten in Deutschland (Auswahl)

Firma	**Drohne**	**Kunden** (Auswahl)
Diehl BGT Defence	Camcopter	Jordanien, Südkorea (G20-Treffen)
Cassidian (EADS)	Euro Hawk *	Testphase abgeschlossen
Northrop Grumman	Talarion *	Testphase bis 2014
	Barracuda *	Testphase
EMT GmbH	Aladin	Bundeswehr, Bundespolizei
	FanCopter	Bundespolizei
	LUNA	Bundeswehr
	X13	Bundeswehr
AirRobot GmbH	AirRobot	Polizei Berlin, Hessen, NRW, Sachsen
Microdrones GmbH	MicroDrone	Polizei Niedersachsen
Rheinmetall Defence	KZO	Bundeswehr
Electronic	MALE Heron TP	Bundeswehr

Quelle: eigene Darstellung, * Bewaffnung geplant

Nicht-militärischer Einsatz

Drohnen werden aber auch von der Polizei eingesetzt. So etwa in Amsterdam seit 2008, wo ein QuadroCopter gegen Hausbesetzer, bei Mega-Events (Sport) und bei Demonstrationen eingesetzt wird. In Mailand werden Drohnen in Stadtrandsiedlungen, gegen „Schwarzarbeit", zur Verkehrskontrolle und beim Crowd Control (z.B. bei Konzerten oder Demonstrationen) eingesetzt. Im britischen Merseyside werden die Ordnungswidrigkeitsgesetze (Anti-Social Behaviour Orders) mit Drohnen durchgesetzt. In Paris überfliegen sie die „Banlieues". Die Züricher Polizei fahndet mit Drohnen nach Cannabis-Plantagen.

Auch im niedersächsischen Gorleben fliegen Drohnen: Während des Polizeieinsatzes in Lüchow-Dannenberg ist eine Drohne „zur nach-

träglichen Aufklärung von Straftaten“ eingesetzt worden. Auch der Freistaat Sachsen kennt seit 2009 Drohnen. Dort werden zwei SensoCopter gegen „Hooligans“ bei Entführungen und Geiselnahmen eingesetzt. „Der Einsatz von nicht-militärischen Drohnen ist bei verschiedenen Polizeiorganisationen üblich“ (Berliner Behörden Spiegel, 17.11.2010). Wie Militär-Drohnen werden auch zivile Flugsysteme bewaffnet, etwa mit Nebel- oder Blendgranaten, mit Tränengas und Elektroschockern.

Sicherheitsforschung
Von Bedeutung für die Militarisierung der Gesellschaft ist auch die sogenannte zivile Sicherheitsforschung, bei der der Staat „als Nachfrager im Bereich der Sicherheitslösungen einen Pioniermarkt schaffen“ soll, schreibt die Bundesregierung 2007 im Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit. „Das in der militärischen Forschung erworbene technologische Know-how muss auch im Bereich der zivilen Sicherheitsforschung verfügbar sein und umgekehrt“, sagt Klaus Thoma, federführend im wissenschaftlichen Programmausschuss zum nationalen Sicherheitsforschungsprogramm im Jahr 2010.

Und im europäischen zivilen Sicherheitsforschungsprogramm wird seit 2006 sogar gesagt: „Tracking and tracing of (non-cooperative) people, vehicles and substances are crucial capabilities“.

(Volker Eick)

Drohnen – Entwicklung, Einsatz und die Folgen

Im Arbeitskreis Dohnen der Karlsruher Tagung wurde eine kontroverse Diskussion geführt, die im Kern entlang von drei Grundpositionen „mäanderte“:
(a) Die Forderung nach einer Zivilklausel verschleiert die grundlegende Herausforderung, namentlich: den Kapitalismus überwinden.
(b) die Forderung nach und Durchsetzung von Zivilklauseln ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine weniger kriegerische Welt.
(c) mit der Forderung nach einer Zivilklausel wird ein Beitrag zur (Re) Politisierung von (Hochschul-)Forschung geleistet.

Die Quintessenz daraus:

- Wir appellieren an alle an Hochschulen Beschäftigten und dort Studierenden sowie an die Ehemaligen, auch an den Fraunhofer-Instituten, für die Einführung und Durchsetzung von Zivilklauseln aktiv zu werden.
- Es ist Transparenz in der Forschung sicher zu stellen unter anderem dadurch, dass Forschungsschwerpunkte gemeinsam definiert und kritisch reflektiert werden, dass die entsprechenden Arbeitsschritte und Forschungsergebnisse offengelegt werden und vor einer etwaigen Umsetzung in Produkte oder Dienstleistungen in der möglichen gesellschaftlichen Breite diskutiert und entsprechenden ›Audits‹ unterzogen werden.
- Wir wünschen eine breitere Diskussion in der Gesellschaft über Forschung, deren Inhalte und Zwecke. Eine solche gesellschaftspolitische Diskussion soll auch beinhalten, ob wir in Deutschland beispielsweise Drohnen überhaupt brauchen. In eine Frage gekleidet: Könnte eine ernstzunehmende gesellschaftspolitisch orientierte Kosten-Nutzen-Analyse dazu führen, dass auf die Weiterentwicklung von diesem oder jenem Produkt verzichtet wird?
- Wir unterstützen ein Wissenschaftsverständnis, eine entsprechende Forschung und eine Wissenschaftspolitik, die auf Konversion weg von Produkten und Dienstleistungen aus den Bereichen Atom und Militär in Richtung zivile Forschung und Forschungsanwendung zielt. Wir wollen dazu gemeinsam mit Studierenden, Universitätsbeschäftigten sowie anderen gesellschaftlichen Kräften wie etwa der IG Metall einen Beitrag leisten. Die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten stellen dabei im Sinne einer zivilen Forschung und Produktion eine besondere Herausforderung, aber eben auch Chance dar. Wir wollen entsprechend auch mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in einen intensiveren Austausch treten.

Mit einer Zivilklausel allein ist es nicht getan, weil damit zunächst nur Probleme in einem Bereich angesprochen sind, den wir ›Wehrwirtschaft‹ und ›Wehrforschung‹ an Universitäten nennen wollen. Zivilklauseln allein lösen diese Probleme keinesfalls. Klar ist auch, dass die sogenannte zivile Nutzung von Drohnen hochproblematische Implikationen hat, wie insbesondere die technologisierte Abwehr von Flüchtlingen etwa an den EU-Außengrenzen, der Polizeieinsatz von Drohnen gegen oppositionelle Bewegungen im In- und Ausland sowie die kommerzielle Nutzung von Drohnen zur Durchdringung unseres Lebensalltags.

Angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen ist positiv zu vermelden: Die hochschul- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit der Zivilklausel haben zu einer deutlichen Politisierung an den betroffenen Universitäten geführt und auch außeruniversitär Interessierte zu Diskussionen angeregt, sich überhaupt mit diesem Thema (wieder) zu befassen.

Es stehen weitere Punkte auf der Agenda, von denen hier nur die Nano-Technologie und Cyber-War-Planungen genannt werden sollen. Schließlich müssen wir uns bei diesen Themen auch immer wieder nach den Prioritäten fragen. Ob wir uns voll und ganz nur auf die Zivilklausel „stürzen", oder wie wir gezielt weitergehen und unsere begrenzten Ressourcen einsetzen. Auch in diesem Sinne bleiben wir Lernende.

(Die Herausgeber)

Anmerkung der Herausgeber

Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte sind Atom- und Waffenforschung unter dem Dach von KIT gleichzeitig angesiedelt. Solange nicht die seit 2008 geforderte einheitliche Zivilklausel im KIT-Gesetz verankert ist, liegt hier eine hochbrisante Situation vor. Das wurde in Eröffnungsbeiträgen der Karlsruher Tagung und in der abschließenden Podiumsdiskussion erörtert. Nachfolgend die Beiträge von Harry Block und Wolfgang Liebert, die dankenswerter Weise für den kurzfristig entschuldigten Klaus Traube eingesprungen waren.

Option Atomwaffenstaat?

In der Bundesrepublik ist personell und technologisch von Beginn an die Option offen gehalten worden, Atomwaffenstaat werden zu können.

Der Vortragende, damaliger Mitgründer der Grünen Partei, wurde 1989 wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland in fünf Fällen vor Gericht gestellt. Begründet wurde die Klage mit dessen Erklärung „Das Kernforschungszentrum Karlsruhe ist eine potentielle Atomwaffenschmiede." Geltend gemachter Schadensersatzanspruch 2 Milliarden DM. Das Gericht hatte ein Einsehen, brach eine Lanze für die Meinungsfreiheit und wies die Klagen betreffend den Forschungsreaktor FR2, den Mehrzweckforschungsreaktor MZFR, die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe und die Versuchsanlage KNK (Schneller Brüter) zurück.

Das ehemalige Kernforschungszentrum (jetzt KIT) ist das Paradebeispiel für den Irrweg Atomkraft, für die irrläufige Verknüpfung von Industrie-Interessen (EnBW) mit Universitäts- und Großforschung. Dabei ist interessant, dass in Anlehnung an die Sichtweise der Göttinger 18 (Professoren-Protest von 1957 gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr) die Friedensbindung per Zivilklausel von Anfang an galt (völkerrechtliche Verpflichtung im Ergebnis des zweiten Weltkriegs). Einer der Göttinger, Professor Wirtz, der an der Haigerlocher Uranmaschine (stand im Kontext des Versuchs Nazi-Deutschlands eine Atombombe zu bauen) geforscht hatte, der Vater der Karlsruher Atomanlagen, hat selber niedergeschrieben, dass Forschung nie wieder für einen Krieg verwendet werden darf. Die deutsche Kernforschung hatte aber ganz andere Folgen. Über Kernforschungskooperationen mit Südafrika, Brasilien, Pakistan, Indien, Israel und Iran erlangten diese Länder das für Atomwaffen notwendige Wissen. Hieran wird die prinzipielle Gefahr der Doppeltverwendbarkeit (Dual Use) dieser Technologie sichtbar. Noch im Jahre 2003 war das Kooperationsabkommen für die „friedliche Nutzung der Atomenergie" mit dem Iran erneuert worden.

Bis heute gibt es kein Endlager für den radioaktiven Müll. Im KIT Nord existiert das bundesweit größte Zwischenlager für schwach- und mittelaktiven Atommüll (120.000 Fässer mit 67.000 m^3) mitten im Hardtwald, dem größten zusammenhängenden Waldgebiet. Aus 18 von früher 32 Kaminen werden radioaktive Emissionen nach wie vor abgegeben. Vor der KIT-Gründung war der Atommüllbereich an die Energie Nord, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Bundesrepublik ausgegliedert worden. Wegen des Ausstiegsbeschlusses und der Nichtverfügbarkeit eines Endlagers steht nun die Erweiterung des jetzt schon überquellenden Zwischenlagers auf der Tagesordnung. Dagegen hat sich in der Anrainer-Gemeinde Linkenheim Widerstand entfaltet. Die Gemeinde will nicht das Atommüll-Klo der Republik werden. Hätten 1986 nach Tschernobyl die WissenschaftlerInnen hier in Karlsruhe und anderswo die jetzt allgemein anerkannten Konsequenzen gezogen, wäre das alles vermutlich abgearbeitet und die Energiewende verwirklicht.

Zur Erinnerung: In der Versuchsanlage WAK zur Wiederaufarbeitung der radioaktiven Brennstäbe auf dem Gelände des KIT Nord sind (1971-1991) 1.100 kg Plutonium vom Atommüll abgetrennt worden. Erst kürzlich wurden die 70 m^3 radiaoaktive Abfalllösung in vergla-

ster Form nach Lubmin verbracht. Für den Atommüll der schon abgerissenen bzw. noch abzureißenden Anlage gibt es kein Endlager (Kostenpunkt für Abriss: 2,8 Milliarden EURO laut Badische Neueste Nachrichten).

Das europäische Institut für Transurane ITU auf dem Gelände des KIT Nord forscht für die 4. Generation von Atomkraftwerken (die 2. Generation sind die jetzt gebräuchlichen, die 3. Generation wird derzeit z.B. in Frankreich und Finnland gebaut) unter Federführung von KIT-Wissenschaftlern für die Europäische Union unter Mitarbeit einer großen Menge an KIT-Beschäftigten.

Es geht um Brennelemente für die sog. Transmutationsreaktoren. Das sind ähnliche Reaktoren wie der stillgelegte Schnelle Brüter in Kalkar. Dazu ist mehrfache Wiederaufarbeitung nötig – weit über das hinaus, was für das verhinderte Wackersdorf geplant war. Dafür hat das ITU eine Gebäudeerweiterung zum Zweck der Lagerung von 68 kg hochgiftigem Plutonium, 350 kg Thorium und 1000 kg Uran beantragt, darunter 100 kg auf 98% angereichertes atomwaffenfähiges Uran.

Vor zwei Monaten hat die Grün-Rote Landesregierung Baden-Württemberg dem beschlossenen Atomausstiegs zum Trotz dem ITU die atomrechtliche Genehmigung für den Umgang mit fast 1,5 Tonnen radioaktivem Material erteilt. Kein Wort der Kritik an der Fortsetzung der Atomreaktorforschung im KIT.

(Harry Block)

„Nachhaltige Atomkraft“ und Transmutation

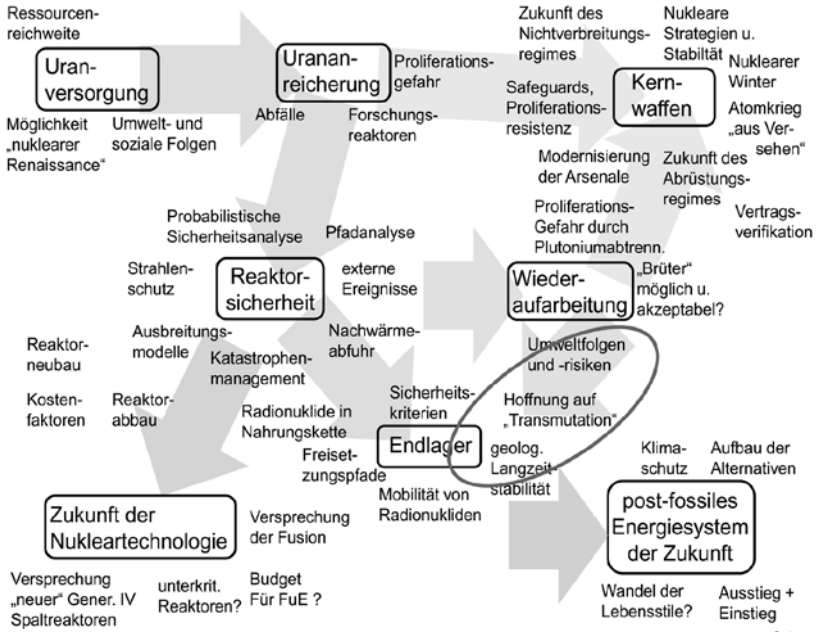
In der WAK (Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe) sind mehr als hundert Kilogramm Plutonium bester Waffenqualität erzeugt worden. Erst infolge des ersten Rot-Grünen Atomausstiegsbeschlusses wurde auch dieses nach Frankreich verbracht. Was exakt dort damit geschah, ist nicht eindeutig bekannt.

Dass sich Professor Wirtz zivil positioniert hat, in allen Ehren. Es muss aber – wie schon angesprochen wurde – festgehalten werden, dass auch in der Bundesrepublik die Option offen gehalten wurde, aus dem Stand heraus Atomwaffenstaat zu werden. Das ist mit den Ausstiegsbeschlüssen zunächst einmal vorbei. Wir wissen aber nie, wie sich Atomprogramme weiter entwickeln. Das Dual-Use-Potential ist prinzipiell vorhanden.

Seit Jahren läuft eine internationale Propaganda-Kampagne für eine „nachhaltige Kernenergie“. Ein Vorreiter ist die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) – verstärkt seit Herbst 2011. Der Tenor: „Die nukleare Energieversorgung ist bereits sicher, sauber und klimaschonend. Eine nukleare Renaissance mit massivem Ausbau ist möglich und sinnvoll. Zukünftige nukleare Technologien sollen noch nachhaltiger werden.“

Aber Nachhaltigkeit ist angesichts der bekannten Problemlagen der Kernenergie (siehe einige wichtige Stichworte im Schaubild) kaum erreichbar. Das IAEO-Projekt INPRO für innovative Kernreaktoren und Brennstoffkreisläufe soll mit kurz-, mittel- und langfristiger Forschung und Entwicklung die Versorgung mit nachhaltigen Energiesystemen sicherstellen. In Wirklichkeit handelt es sich um Wiedergänger von gescheiterten Nukleartechniken, wie Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter, lediglich ergänzt um einige neue Eigenschaften.

Ein Beispiel: Mit wachsendem Aufwand wird in der EU versucht, mit



dem Zukunftsversprechen der Transmutation, die langfristige Endlagerung von Nuklearabfällen überflüssig zu machen, um ein zentrales Nachhaltigkeitsziel zu erreichen. Atomrektoren erzeugen neben kurzlebigen auch größere Mengen an sehr langlebigen radioaktiven Spaltprodukten sowie die besonders problematischen Transurane (wie Plutonium). Daher ist ein über geologische Zeiträume stabiles Endlager erforderlich.

Weil kaum eine Stabilität über hunderttausende von Jahren garantiert werden kann, wird auf den Traum der Alchemie, die Verwandlung von Elementen gesetzt, letztlich die Umwandlung der langlebigen Radionuklide in solche mit kürzerer Lebensdauer (kleinerer Halbwertszeit) oder in stabile Endprodukte.

Tatsächlich finden solche Prozesse in Reaktoren statt und die Transmutation erscheint theoretisch attraktiv. Sie erfordert aber „schnelle" Reaktoren (sog. „Brutreaktoren", Schnelle Brüter) oder beschleunigergetriebene schnelle Reaktoren sowie ganz neuartige Technologien der Wiederaufarbeitung der Brennstoffe.

Es gibt einen erheblichen Klärungsbedarf: Welche der gefährlichen Radioisotope können überhaupt effektiv transmutiert werden? Was kann realistisch, mit welchem Aufwand erreicht werden? Eine Problemauswahl: Abtrenn-Effizienz, Umweltfolgen der neuen Wiederaufarbeitung, Proliferationssicherheit, Sicherheitseigenschaften der neuen Reaktoren, Kostenfaktoren (Forschung, Bau, Betrieb), Zeitfaktoren.

Ein wichtiges technisches Detail dabei: nur bei extrem hoher chemischer Abtrennrate könnte das vorgebliche Ziel überhaupt für einzelne Elemente erreicht werden. Dies erscheint aber großtechnisch – jenseits des Labormaßstabs – als unbelegtes Versprechen auf eine offene Zukunft.

Studien sind notwendig, wie in den USA vorgelegt, über die Aussichten des Transmutationsversprechens, bevor kostspielige Investitionen in die Forschung gemacht werden. In den USA hatten sich WissenschaftlerInnen, die durchaus Respekt verdienen, Anfang der 90er Jahren an die Transmutation gemacht. Sie wollten nunmehr „vernünftige" zivile Ziele verfolgen anstatt das Reagan´sche Star-Wars-Programm voranzutreiben. 1999 kam aber eine Studie des US-Energieministeriums zum Ergebnis, dass die Transmutation ein 300-Milliarden-Dollar Programm über 90 Jahre mit einem jahrzehntelangen teuren Vorlauf in Forschung und Entwicklung würde – ohne geologische Endlager überflüssig zu machen.

Genau solche Studien müsste es in Deutschland und Europa geben, bevor ein möglicherweise leeres Versprechen verfolgt wird. Das Gegenteil ist aber der Fall. In Mol/Belgien soll eine Versuchsanlage zur Transmutation für 1 Milliarde Euro errichtet werden. In die Vorbereitung des Projekts ist das KIT involviert, bekommt Geld aus EU-Mitteln und propagiert das Programm, statt es zu hinterfragen.

Zusammenfassend: Die Idee ist theoretisch interessant, es muss aber sehr genau geprüft werden, ob das Versprechen überhaupt erfüllbar ist, bevor mit massiver Forschung und Entwicklung begonnen wird. Und wenn dann das Prüfergebnis vorliegt, hat die gesellschaftliche Öffentlichkeit zu entscheiden, ob das Programm attraktiv genug ist, dafür Steuergelder einzusetzen. Einmal Kalkar und Wackersdorf sind genug.

(WolfgangLiebert)

Atomreaktorforschung beenden

Das Verwertungsinteresse in der Wissenschaft hat stark zugenommen. Dass alles im Atombereich unter dem Blickwinkel der vier Atomkonzerne (früher auch noch von Siemens) bestimmt wird, hat die Freiheit der Wissenschaft erheblich eingeschränkt. Sie wird weiter eingeschränkt durch Fremdmittel. Wir waren uns einig, dass die Beteiligung von AREVA in der Schule für Kerntechnik sofort eingestellt werden sollte.

Das andere ist wesentlich schwieriger. Es ist festzustellen, dass die Atomforschung im KIT Teil des Problems und nicht Teil einer Lösung des Problems ist. Und weil sie das Problem selbst sind, ist eine Wissenschaftskonversion notwendig.

Es ist nicht einfach, hoch spezialisierte Wissenschaftler von heute auf morgen umzupolen. Aber es gibt eine Reihe von Bereichen in der Atomforschung, die für regenerative Energien genutzt werden können, zum Beispiel die Flüssigmetallforschung für Energiespeicher. Man muss es nur wollen.

Diese Richtung muss einerseits von den WissenschaftlernInnen selbst eingeschlagen werden. Andererseits ist die Landesregierung als Kapitalgeber – in dem Falle wir als SteuerzahlerInnen – aufgefordert Verantwortung zu übernehmen und für Entzug und Umwidmung im Sinne der Energiewende zu sorgen. Das heißt Ausstieg aus der Forschung für Transmutation, Partitioning und Wiederaufarbeitung. Das ist die Forderung an die Politik.

Die Wichtigkeit des Karlsruher Kongresses besteht darin, nach außen zu transportieren, was in der Wissenschaft fehl läuft und zur Aufklärung beizutragen, um was es hier eigentlich geht.

Da der Dual-Use-Charakter der Atomwirtschaft auf der Hand liegt, ist vollkommen klar, dass die Zivilklausel doppelt wichtig ist. Und dass es einen Rückschritt bedeutet, das muss man sowohl der Bevölkerung sagen als auch der Politik in Erinnerung rufen, dass die im KIT-Vorläufer Forschungszentrum gültige Zivilklausel nicht auf das gesamte KIT übertragen wurde. Dass doppelt und dreifach aufgepasst werden muss – solange eben noch im atomaren Bereich geforscht wird – was und mit wem betrieben wird. Auch deswegen muss die Zivilklausel unbedingt in das KIT-Gesetz!

Die Wissenschaft hat eine Verantwortung auch bei ihrer Sprache. Professor Herrlich hat darauf hingewiesen, dass seine Kollegen aus der Genetik doch eigentlich „progressiv" und vorsichtig umgingen. Die Sprache, die im KIT gesprochen wird, das gilt nicht nur für den atomaren Bereich, ist eine Sprache, die verschleiert, um nicht zu sagen täuscht. Von der Wissenschaft muss jedoch gefordert werden, deutlich zu sagen: Woran forschen wir? Was ist unser Ziel? Und das muss so gesagt werden, dass es die Leute verstehen. Wir fordern die Transparenz.

Das KIT arbeitet an einer Simultanübersetzung für Vorträge und Vorlesungen. Wenn diese verschleiernde Sprache in den Computer eingegeben wird, heißt Genetik plötzlich „molekulare chirurgische Eingriffe", Atomkraftwerke heißen dann „Maschinen der vierten Generation".

Zusammengefasst: Es ist an der Zeit, im KIT die Atomreaktorforschung an Transmutation und Partitioning unverzüglich einzustellen. Diese Forderung richtet sich vor allem an die Politik, wenn sie ernst machen will mit der Energiewende und dem Ausstieg aus der Atomkraft.

(Harry Block)

Transparenz der Hochschulforschung

Wie hier mehrfach deutlich geworden ist, steht die Offenlegung der Forschungszwecke in einem engen Zusammenhang mit der Zivilklausel.

Einerseits ist eine Offenlegung unabdingbar, um kontrollieren zu können, ob die Zivilklausel eingehalten wird. Andererseits ermöglicht eine Offenlegung unabhängig von der Zivilklausel die Auseinandersetzung darüber, wozu geforscht werden soll. Transparenz ist demnach eine übergeordnete Forderung. Scheinbar selbstverständlich und in Sonntagsreden aus dem Kreis von Politik und Wissenschaftsadministration für öffentlich geförderte Bildungs- und Forschungseinrichtungen wird die Transparenz gerne reklamiert. Das genaue Gegenteil ist der Fall, selbst verordnete und von der Bundesregierung verordnete Geheimhaltung.

Die Vollversammlung der Studierenden der Uni Augsburg hat im Juni die Forderung nach Einfügung der folgenden Zivil- und Transparenzklausel in die Grundordnung aufgestellt:
„Die Universität Augsburg ist eine Universität, an der Lehre, Forschung und Studium ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen. Unter besonderer Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwekke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen nach Drittmittelgeber, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben. Als Drittmittel sind dabei solche anzusehen, wie sie im Abschnitt 1.2 der bayerischen Verwaltungsvorschriften zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter an Hochschulen benannt sind."

Hintergrund ist der Protest gegen die Einbeziehung der Uni in einen Innovationspark als Cluster aus Rüstungsindustrie und Rüstungsforschung zur Thematik "schwarzes Gold" (superleichte Kohlefaserverbundwerkstoffe), der besser Rüstungspark heißen sollte. Zweifellos ein gut begründeter und vorbildlicher Beschluss. Wie sehen die Realitäten aus?

Dazu nur wenige Beispiele:

- Unis Niedersachsen: In Braunschweig, Hannover, Clausthal, Göttingen und Fachhochschule Hannover laufen dreizehn geheime Projekte der Rüstungsforschung im Umfang von 7,5 Mio. Euro in den

letzten vier Jahren. Mitte Juli fordert DIE LINKE im Landtag Transparenz, Stopp der Militärforschung und eine gesetzliche Zivilklausel, wie sie früher bereits im Landeshochschulgesetz enthalten war.

- Uni Bremen: Mitte Mai deckt Radio Bremen ein geheim gehaltenes Rüstungsforschungsprojekt des Satelliten-Herstellers OHB für die Bundeswehr aus den Jahren 2003-2006 auf, an dem die Unis Bremen und Karlsruhe beteiligt waren. Dazu kommen weitere derartige Projekte an der Uni Bremen bis 2011. Obwohl ein klarer Verstoß gegen die Zivilklausel der Uni Bremen vorliegt, verweigert der Rektor die Offenlegung der Auftraggeber und Projekt-Inhalte. Der AStA Uni Bremen und andere fordern den Verzicht auf die schon länger strittige OHB-Stiftungsprofessur, ein Kontrollgremium, eine interdisziplinäre Professur für Abrüstung, Friedensforschung und Rüstungskonversion sowie eine gesetzliche Zivilklausel.
- Uni Karlsruhe KIT: Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) Baden-Württemberg und die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten erbat Ende Mai vom KIT-Präsidium Auskunft über das o.g. OHB-Rüstungsforschungsprojekt namens „Demonstrator für Breitbandübertragung von Luftaufklärungsdaten mittels Mehrträgerverfahren (MTV) – Büland MTV“ und mögliche Folgeprogramme. Zur Information ging das Schreiben an Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, vermutlich betroffene Professoren und weitere Adressaten. Keinerlei Reaktion bis Ende August.
- Uni Tübingen: Der Arbeitskreis Tübingen des Deutschen Gewerkschaftbunds verlangte im August 2011 vom Rektor der Uni die offene Information nach Befassung des Senats mit einem Rüstungsforschungsprojekt, für das seit 2002 im jährlichen Durchschnitt 170.000 Euro an BMVg-Drittmitteln eingenommen wurden. Über das Projekt Organophosphate, das militärisch bei Nervengasen und zivil bei Düngemitteln vorkommt, wurde der Bundestag 2008 noch offen informiert. Dasselbe Projekt wurde Ende 2010 bei einer Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zu militärisch relevanter Sicherheitsforschung vom BMVg unter Geheimschutz gestellt. Obwohl Tübingen seit Ende 2010 eine Zivilklausel in der Grundordnung hat, keine Reaktion bis heute.

Die benannte Geheimschutzverfügung degradiert Dutzende von betroffenen Hochschulen zu Geheimnisträgern. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. hat Mitte Juni die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, sich gegen wehrtechnisch relevante Forschung an öffentlichen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen einzusetzen und für verbindliche Regeln für ausschließlich zivile Forschung und Lehre auszusprechen und die Ausfinanzierung der Hochschulen sicherzustellen. Die Geheimhaltung wird als unverträglich mit den Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft angesehen und vom BMVg eine transparente Vergabepraxis verlangt.

Wie deutlich geworden ist, hat die Zivilklausel-Bewegung dazu beigetragen, den Schleier des im verborgenen blühenden Rüstungsforschungsgeschäfts an den Hochschulen zu lüften. Es bleibt viel zu tun, der deklarierten Transparenz und dem Friedensauftrag der Verfassung oder wie Erhard Denninger in seinem Zivilklausel-Gutachten für KIT schrieb, der Friedensfinalität des Grundgesetzes Geltung zu verschaffen.

(Die Herausgeber)

Podium: Weder Atom- noch Waffenforschung

Die Friedensarbeit von Werner Buckel zeigte sich als verbindende Klammer für alle Beiträge des Karlsruher Kongresses gegen Kriegsforschung als auch für das abschließende Podium mit VertreterInnen aus Friedenswissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaften und Politik.

Beginnend mit einem Grußwort von Philipp Rudo, UStA-Vorsitzender der Uni Karlsruhe KIT, diskutierten unter Moderation von Dr.-Ing. Dietrich Schulze, Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit:

- Salome Adam, Master-Studierende Uni Leipzig, Vorstand fzs – freier zusammenschluss von studentInnenschaften.
- Dr. Martin Beckmann, ver.di Bundesverwaltung.
- MdB Karin Binder, Bundestagsfraktion DIE LINKE.
- MdB Sylvia Kotting-Uhl, atompolitische Sprecherin der GRÜNEN Bundestagsfraktion.
- MdL Johannes Stober, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Mitglied im Landtagsausschuss für Wissenschaft Forschung und Kunst.
- Christoph Wiesner, Physik-Doktorand, Uni Frankfurt, Mitglied AK Zivilklausel, GEW-Studierendengruppe.

Die wichtigsten gemeinsam von den PodiumsteilnehmerInnen und dem Auditorium getragenen Ergebnisse:

(1) Die Zivilklausel steht nicht im Widerspruch zur Wissenschaftsfreiheit und soll die Hochschulen frei von Militärforschung halten mittels Senatsbeschlüssen und durch gesetzliche Verankerung in Landeshochschulgesetzen. Für das zur Novellierung anstehende Hochschulgesetz Baden-Württemberg wird die Aufnahme der Zivilklausel mit Wirkung auch für das KIT-Gesetz befürwortet.
(2) Dem Transparenzgebot (s. auch Koalitionsvertrag BaWü) muss Geltung verschafft werden. Als unerträglich wird es empfunden, dass Bundestagsanfragen nach militärrelevanten Forschungsprojekten an einzelnen Hochschulen neuerdings am „Geheimschutz" scheitern. Diese BMVg-Geheimschutz-Klausel sei abzuschaffen.
(3) Als Konsequenz aus der Energiewende ist die Atomreaktorforschung (IV. Generation, Transmutation) am KIT zu beenden.

Verständlicherweise gab es zu der in Oppositionszeiten versprochenen und jetzt von der Grün-Roten Landesregierung Baden-Württemberg nicht in das KIT-Gesetz übernommenen einheitlichen Zivilklausel (für den Großforschungsteil war diese bereits von der schwarz-gelben Vorgängerregierung eingetragen worden) eine zwar kontroverse, aber solidarische Diskussion mit der gemeinsamen Überzeugung, dass das nachgeholt werden muss. Aus Platzgründen können hier nur die wichtigsten Gedanken der drei VertreterInnen der Politik dargestellt werden.

MdB Sylvia Kotting-Uhl kennzeichnete die „Intransparenz" als Schutzschild privater Interessen. Auf das KIT bezogen forderte sie unmissverständlich, dass sie die Forderung „Keine Atomforschung und Waffenforschung unter einem Dach" als Mindestanforderung ansehe, die schon aus dem Potsdamer Abkommen abzuleiten sei. Sie wolle weder das eine noch das andere, auch nicht unter getrennten Dächern. Es gehe nicht nur um „Verbote oder Gebote", sondern um die Gestaltung von Rahmenbedingungen, in welche Forschungsbereiche Geld fließt oder nicht. Wenn ein Atomausstieg gesellschaftlich und parlamentarisch breit gewollt sei, dürfe auch keine Forschung finanziert werden, deren Umsetzung den Wiedereinstieg in die Atomnutzung bedeute. Deswegen sollen keine Gelder mehr in Kernfusion und Transmutation gehen und deswegen sei auch eine politisch gesetzte Zivilklausel zulässig und richtig.

MdL Johannes Stober stand naturgemäß im Mittelpunkt der Kritik. Laut Landtagswahlprogrammen soll die Forschung ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Die Übertragung der Zivilklausel des Forschungszentrums in das KIT-Gesetz habe der Konsens in der Regierungskoalition bisher nicht hergegeben. Bei der 2014 anstehenden „großen" Novellierung des Landeshochschulgesetzes werde dieses Thema erneut behandelt nach einer notwendigen breiten gesellschaftlichen Diskussion. Mit allen reden heiße, auch „mit den Hochschulen" zu reden, um dann im Lichte dieser Diskussionen Entscheidungen zu treffen. Schwierig sei in der Realität schon die im Koalitionsvertrag geforderte Transparenz bei der Forschung. Angesichts des Vorwurfs der Abhängigkeit von der Atomindustrie seien Daten zur Herkunft der Fördermittel nur ihm als Abgeordneten, aber nicht einmal dem Wirtschaftsausschuss des KIT gegeben worden.

MdB Karin Binder erinnerte an die Losung „Von deutschem Boden darf nie mehr Krieg ausgehen" und die völkerrechtlichen Festlegungen des Grundgesetzes. Aus Steuergeldern finanzierte Rüstungsforschung und Bundeswehr-Werbung an den Hochschulen seien damit nicht vereinbar. Deutschland stehe an dritter Stelle der Rüstungsexporteure. Die Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen fördere letztlich die Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie und muss als das eigentliche Problem behandelt werden. Mit Zivilklauseln in den Hochschulgesetzen könnten Verstöße justiziabel gemacht und die nötige Transparenz durchgesetzt werden.

Die Diskussionsbeiträge befassten sich mit dem Dissens in der Regierungskoalition, vor allem mit Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE), die nach eigenem Bekunden ihre Unterschrift unter einen 2009 zusammen mit MdL Johannes Stober (SPD) gestellten Antrag für eine einheitliche Zivilklausel am KIT heute nicht mehr „versteht". Einerseits beruft sie sich heute auf das hohe Gut der grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit, andererseits soll Transparenz die „Forschung im Auftrag Dritter" nicht beeinträchtigen. Interne Gegenpositionen zu dem von Prof. Erhard Denninger erstellten Gutachten zur Vereinbarkeit der KIT-Zivilklausel mit dem Grundgesetz werden unter Verschluss gehalten.

Die Podiumsdiskussion kann als ermutigender Anstoß für die Debatte in den Hochschulen, in der Öffentlichkeit und für die anstehenden politischen Entscheidungen angesehen werden.

(Lothar Letsche, Dietrich Schulze)

Literaturverzeichnis

In der Dokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf findet sich eine umfangreiche Sammlung von Weblinks und eigenen pdf-Dokumenten zur Zivilklausel-Bewegung beginnend vor vier Jahren mit zwei Einträgen pro Woche bei kontinuierlichem Zuwachs auf gegenwärtig mehr als einem Eintrag täglich.

Nachfolgend eine knappe Auswahl von Literaturhinweisen, die der Tagung thematisch zugeordnet werden können. Weitere Referenzen können bei den Verfassern angefordert werden.

Material zur Tagung

WDR5-Sendung „Schwerpunkt: Forschung für Rüstung und Krieg? Initiativen fordern Zivilklauseln für die Hochschulen" von Karl-Heinz Heinemann am 27. August 2012 über Köln, Uni Bremen und den Karlsruher Kongress podcast: medien.wdr.de/m/1346080670/radio/leonardo/wdr5_leonardo_20120827.mp3 Manuskript: www.stattweb.de/files/civil//Doku20120827.pdf

Oliver Trenkamp, Im Dienste des Krieges, In: UniSpiegel 4/2012 „Waffen weg" www.spiegel.de/spiegel/unispiegel/d-86617873.html

Dietrich Schulze, Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung, In: Neue Rheinische Zeitung, Online-Flyer Nr. 360 www.nrhz.de/flyer/beitrag php?id=17942

Video-Dokumentation der Tagung bei fluegel.tv Stuttgart www.fluegel.tv/beitrag/4385 und /4389 /4396 /4408 /4423 /4428 /4430

Michael Schulze von Glaßer, Friedliche Hochschulen - Mit den Waffen des Geistes, In: junge Welt 15.06.2012, www.jungewelt.de/2012/06-15/025.php

Programmflyer Zivilklausel-Tagung 15./16. Juni am KIT www.stattweb.de/files/civil/Doku20120531.pdf Postkarte www.stattweb.de/files/civil//Doku20120608.pdf

Friedenswissenschaft und Verantwortung

Werner Buckel (Hg.), Nachdenken statt Nachrüsten, von Loeper 1984, mit Beiträgen von Peter Herrlich u.a. zum Tag der Schulen und Hochschulen 20.Okt.1983, komplettes OCR www.trueten.de/uploads/Texte/NachdenkenstattNachruesten1984.pdf

Reiner Braun, Werner Buckel, Egbert Kankeleit, Rainer Rilling (Hg.), Rüstungsforschung - Diskussion der Probleme und Alternativen,Tagung in Karlsruhe am 27./28. Juni 1987, Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden", BdWi-Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Marburg 1988, komplettes OCR www.trueten.de/uploads/Texte/Ruestungsforschung1987.pdf

International Global Responsibility INES Newsletter May 2011, S. Ghoshroy Military Research, R. Braun "dual use", D. Schulze Civil Clauses, G. Krauskopf Peaceful Solar Age, D. Krieger Fukushima, C. Langley Military Campus in UK, www.inesglobal.com/download.php?f=31556e9f0ddaf0ab53639c283a4e9236

Subrata Ghoshroy, Vortrag „MIT meets KIT", 1.12.2009, Videomitschnitt www.ustream.tv/recorded/2686948 - On U.S. Military Funding of Academic Research" Open Media Boston www.openmediaboston.org/node/1084

Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses am 28./29.10.2011, IMI-Dokumentation www.imi-online.de/2011/11/09/tuebinger-erklaerung mit Grußwort des Widerstandskämpfers Martin Löwenberg aus München www.stattweb.de/files/civil/Doku20111028.pdf

Werner Dosch, Peter Herrlich (Hg.), Ächtung der Giftwaffen, Naturwissenschaftler warnen vor Chemischen und Biologischen Waffen, Fischer, Frankfurt am Main, 1985

Zivilklausel

Rudolph Bauer, Sören Böhrnsen, Dietrich Schulze In: AStA der Universität Bremen (Hg.), Rüstungsstandort an der Weser. Bremen 2011, 71-78, 82-98 www.stattweb.de/files/civil/Doku20111206.pdf

Reader „NEIN zu Kriegspolitik und Kriegsforschung! Zivilklausel für alle Hochschulen!" mit Bezug auf NATO-"Sicherheitskonferenz", Febr. 2012 http://www.trueten.de/uploads/Texte/Reader20120204.pdf

Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses am 28./29.10.2011, IMI-Dokumentation www.imi-online.de/2011/11/09/tuebinger-erklaerung

Gemeinsame Erklärung der Initiative „Hochschule für den Frieden - Ja zur Zivilklausel" zum Braunschweiger Zivilklauselkongress vom 27.-29. Mai 2011 www.asta.tu-bs.de/images/pdf_dokumente/arbeitsgruppen/zivilklausel/Gemeinsame_Erklaerung.pdf

Internationaler Appell, Friedensbindung für Universitäten, Januar 2011 www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml

Dietrich Schulze, Zivilklausel für die Hochschulen, Ossietzky 6/2010
www.sopos.org/aufsaetze/4bac7751ab7b5/1.phtm

Erhard Denninger, Zur Zulässigkeit einer so genannten „Zivilklausel" im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Februar 2009

Dual-Use

Wolfgang Liebert: Military and Dual-use Research – Responsibility in Question. 59th Pugwash Conference on Science and World Affairs „European Contributions to Nuclear Disarmament and Conflict Resolution", Berlin, 1-4 July 2011

Wolfgang Liebert: Navigieren in der Grauzone: Kontrolle oder Gestaltung von Forschung und Technik?. In: S. Albrecht, R. Braun, T. Held (Hrsg.): Einstein weiterdenken: Wissenschaft – Verantwortung - Frieden, Frankfurt a.M.: Peter-Lang-Verlag, 2006, 143-160

W. Liebert, R. Rilling, J. Scheffran (Hrsg.): Die Janusköpfigkeit von Forschung und Technik - Zum Problem der zivil-militärischen Ambivalenz. Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Band 19, Marburg: BdWi-Verlag, 1994

Drohnen

Volker Eick und Matthias Monroy, Drohnen: Unbemannt und unerkannt
In: Hintergrund, 2011 4(3), 47–51 (Teil 1) und 2012 5(2), 51–55 (Teil 2)

Volker Eick, Innovative Subordination. Zum Beispiel: Drohnen. In: AStA der Universität Bremen (Hg.), Rüstungsstandort an der Weser. Bremen 2011, 38–46.

Volker Eick, Jens Sambale, Eric Töpfer (Hg.), Kontrollierte Urbanität.
Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik, Bielefeld 2007

Atom- und Waffenforschung

Dietrich Schulze, Nur für friedliche Zwecke, Zum Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki: Auch BRD kann Kernwaffen bauen, junge Welt 4.8.2012
www.stattweb.de/files/civil/Doku20120804.pdf

Publikationsliste „KIT und Atomforschung" vom Mai 2012 www.trueten.de/uploads/BeitraegeKITundAtomforschung.pdf mit Beitrag über Atomlobby und KIT-Strompreisstudie www.trueten.de/permalink/Atomausstieg_und_KIT_Atomforschung.html

Dietrich Schulze, Beispiel KIT Karlsruhe, „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach" beenden! Kein Atomausstieg ohne Stopp der Atomreaktorforschung. Keine Militärforschung an Hochschulen! In: Zeitung gegen den Krieg 1.9.2011
www.stattweb.de/files/civil/Doku20110901.pdf

Dietrich Schulze, Atomkraftkultur – nein danke! Ossietzky 11/2011
www.sopos.org/aufsaetze/4de541c142d1f/1.phtml

Internationaler Appell, Verzicht auf Militärforschung, Zivilklausel für KIT, Gegen Atom- und Waffenforschu8ng unter einem Dach, Mai 2009
www.inesglobal.com/abandonment-of-military-research.phtml

Autoren und HerausgeberInnen

Roland Blach, Jg. 1969, Mediator, Geschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg, Koordinator der bundesweiten Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt" und der landesweiten Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr", lebt in Marbach/Neckar

Harry Block, Jg. 1949, Lehrer, ehemaliger langjähriger Gemeinderat der GRÜNEN, aktives Mitglied beim BUND, Emissionsbeauftragter des BUND für die Region Karlsruhe, lebt in Karlsruhe

Sören Böhrnsen, Jg. 1985, Studierender Uni Bremen und Rechtsreferendar, Arbeitskreis Zivilklausel und AStA-Mitarbeiter der Uni Bremen

Reiner Braun, Jg. 1952, Journalist, Geschäftsführer VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler) und deutsche Sektion IALANA (International Lawyers against Nuclear Arms), Co-Programmdirektor INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility), Vorstandsmitglied NatWiss, lebt in Berlin

Volker Eick, Jg. 1963, Politikwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) der Universität Bremen, Mitglied im erweiterten Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV), lebt in Berlin

Peter Förster, Jg. 1982, Studierender Uni Köln (Ibero-lateinamerikanische Geschichte), Arbeitskreis Zivilklausel und Juso-Hochschulgruppe an der Uni, forscht über neoliberale Hochschulreformen und studentischen Widerstand in Chile und Kolumbien

Peter Herrlich, Jg. 1940, Prof. em. Dr., M.D. Ph.D., Molekularbiologe, Prof. für Genetik der Universität Karlsruhe und Leiter des Instituts für Toxikologie und Genetik des Forschungszentrums Karlsruhe (1978-2003), Wiss. Direktor Fritz-Lipmann-Institut (Leibniz-Institut für Altersforschung) (2003-2011), lebt in Jena

Lothar Letsche, Jg. 1946, Übersetzer, Historiker, 1981-2011 wissenschaftlicher Angestellter einer Tübinger Forschungseinrichtung, Mitglied des Fachgruppenausschusses Hochschule und Forschung der GEW Baden-Württemberg und 2007-2011 Fachgruppenvorsitzender, lebt in Weinstadt

Wolfgang Liebert, Jg. 1957, Dr. rer. nat., Physiker, Leiter der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) der Technischen Universität Darmstadt, lebt in Darmstadt

Christof Müller-Wirth, Jg. 1930, Dr. rer. pol., Verleger i.R., Gründer des Fördervereins „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte" in Rastatt, lebt in Karlsruhe

Heribert Prantl, Jg. 1953, Prof. Dr. jur., Honorarprofessor der Uni Bielefeld, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutsche Zeitung, gelernter Richter und Staatsanwalt, lebt in München

Dietrich Schulze, Jg. 1940, Dr.-Ing., wiss. Mitarbeiter und Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe (1966-2005), Mitbegründer der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, lebt in Karlsruhe

Sonnhild Thiel, Jg. 1941, Sozialarbeiterin, seit 1972 ehrenamtlich in der Friedensbewegung tätig (vor allem in der DFG-VK), lebt in Karlsruhe

Wolfram Wette, Jg. 1940, Prof. em. Dr. phil., Historiker, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Mitbegründer der Historischen Friedensforschung, lebt in Waldkirch

Rüstungsatlas Baden-Württemberg 2012

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. hat einen Rüstungsatlas für Baden-Württemberg zusammengestellt. Auf 72 Seiten wird kompakt über die Rüstungsindustrie und das Militär in diesem Bundesland informiert.

Mit verschiedenen informativen Aufstellungen zu Bundeswehrstandorten, Rüstungsstandorten und Institutionen der Rüstungsforschung wird die ganze Breite des Feldes Militär und Rüstung behandelt. Begleitende Texte geben Auskunft und Argumente an die Hand um eine lokale Kritik voran zu bringen.
Bestellungen an: ruestungsatlas@imi-online.de oder imi@online.de
Brief: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen Fax: 07071/49159

Rüstungsstandort an der Weser

Ursprünglich sollte es „nur" eine Broschüre werden, aber nun hat sich der Sammelband zum Thema Rüstungsstandort Bremen zu einem 176-Seiten-Reader gemausert.

Das Buch ist unter anderem zu beziehen bei:
Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen E-Mail:
info@bremerfriedensforum.de oder Direktversand bei Einzahlung der Gebühr auf das Konto Ekkehard Lentz,
Postbank Hannover, Kto-Nr. 123268306,
BLZ 25010030 (Stichwort Rüstungsbroschüre)

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

▼ 9. August 2012 ▼

Reiner Braun Hr.Braun@gmx.net
Dietrich Schulze Dietrich.Schulze@gmx.de

Zivilklausel oder Militärforschung

Dokumentation mit Schwerpunkt Web-Berichte

Diese Dokumentation konnte im Dez. 2008 bei stattweb.de eingerichtet werden und wird dort dankenswerter Weise regelmäßig aktualisiert. Die Mitte 08 entstandene Initiative für eine einheitliche Zivilklausel am Karlsruhe Institut of Technology KIT und gegen Militärforschung an Universitäten dokumentiert hier Arbeitsergebnisse und Informationen in chronologischer Form. Im Okt. 2010 wurde beim AStA der Uni Kassel das bundesweite „Bündnis Zivilklausel" gegründet.

Sonderseite KIT der GEW Baden-Württemberg
AG Friedensforschung Beitragsverzeichnis ab 2005

Karlsruher Institut für Technologie KIT, Forschungszentrum Karlsruhe, Universität Karlsruhe (TH), andere Unis, Rüstungsforschung an Hochschulen.

Die Zivilklausel hat sich zu einer Gestaltungsform für die Friedensbindung aller Hochschulen entwickelt.

09.08.12	KIT Karlsruhe Selbstbedienung Leserbrief in Badische Neueste Nachrichten (BNN) zum BNN-Bericht 3.8. Streit um Zivilklausel am KIT Umbach: Widerspruch zur Freiheit von Forschung und Lehre / Ethische Leitlinien verabschiedet
07.08.12	Widerstand nicht nur auf dem Dienstweg Kriegsforschung und Zivilklauseln an Hochschulen und Instituten - Anregungen für Studierende und Friedensgruppen. Peter Strutynski, Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag Wunderbare Nachricht Belegschaftsurabstimmung Fa. Morellato in Ghezzano (nahe Pisa) gegen einen großen Rüstungsauftrag
07.08.12	KIT Karlsruhe Keine Schwerter zu Pflugscharen Konflikt um Militärforschung. Bernd Kramer in taz: Uni-Leitung hält gegen studentischen Protest an Militärforschung fest. Zwei Info-Kästen: Zivilklausel und Uni-Leaks

WebDoku http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Bücher:

Bestellen per eMail:
anstifter.buecher@web.de

Aus den Reinerlösen der Buch- und Materialverkäufe finanzieren wir anstiftende Projekte, denn Büchermachen ist auch **An**Stiften.

Lieferung frei Haus auf Rechnung.

Zu den Titeln und Themen vermitteln wir gern Referenten und organisieren Lesungen oder Ausstellungen zB. an Schulen. Sprechen Sie uns bitte an.

Peter-Grohmann-Verlag
www.die-anstifter.de
kontakt@die-anstifter.de

Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Synagoge Stuttgart.
Originalgetreuer Nachdruck von 1911. Ein wichtiges und originelles Dokumenten zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Stuttgarts.
118 Seiten, 10,00 EU.

Roland Ostertag:
Tatort der Stuttgarter Geschichte: Der Fall Silber – ein Skandal.
Vom Umgang mit Geschichte / Beispiele anderwärts / Neue Aspekte fürs Erinnern
220 Seiten, 16,80 EU

verlegt, Hrg. von Elke Martin
Krankenmorde in der Region 1941-1942, Biografien, Grafeneck / Zur Medizin und die Diagnostik heute / Anleitungen für Schulklassen / Medienliste und Hinweise für Veranstaltungen mit den AnStiftern
188 Seiten, 16,80 EU

Klaus Albert:
Zwischen Babel und Babylon: Apokalypse now.
Eine politische Streitschrift.
114 Seiten, 8,00 EU

Roland Ostertag:
Stuttgart soll schöner werden.
Das Schwarzbuch mit 300 Einsendungen zu einem Bürgerwettbewerb: Eine Foto-dokumentation aus der Sicht der Menschen unserer Stadt: Was sie besonders hässlich fanden.
172 Seiten, 14,80 EU

Frank Ackermann:
Friedrich Schiller - eine unbekannte Jugend.
Schillers andere Seite – der aufmüpfige, gedemütigte, revoltierende Schiller in seiner Schulzeit. Spannend, amüsant, aufklärerisch.
Sonderauflage für AnStifter
400 Seiten, 10,00 EU

Internationaler Plakatwettbewerb.
der AnStifter Für Frieden, Toleranz, Solidarität und Zivilcourage.
278 internationale Plakate aus unserem Wttbewerb, die wir (gerahmt A1) für Ausstellungen in Schulen und Kultureinrichtungen zur Verfügung stellen.
Katalog aller Arbeiten und Erläuterungen zur Funktion des politischen Plakats, 8,00 EU

G. W. F. HEGEL.
Das Leben Jesu, Hegels Erstling!
Herausgegeben und eingeleitet von Frank Ackermann
114 Seiten, 11.80 EU

Peter Grohmann
78 Bürgerbriefe.
Eine Sammlung von Pamphleten zwischen Zorn, Gnade und Recht zu Stuttgart21
114 Seiten, 3 Broschüren für 10,00 EU (2 zum Verschenken)

Das Milliardengrab: Die entzauberte Stadt.
Eine faktenreiche und freundliche Prognose
182 Seiten, 10,00 EU